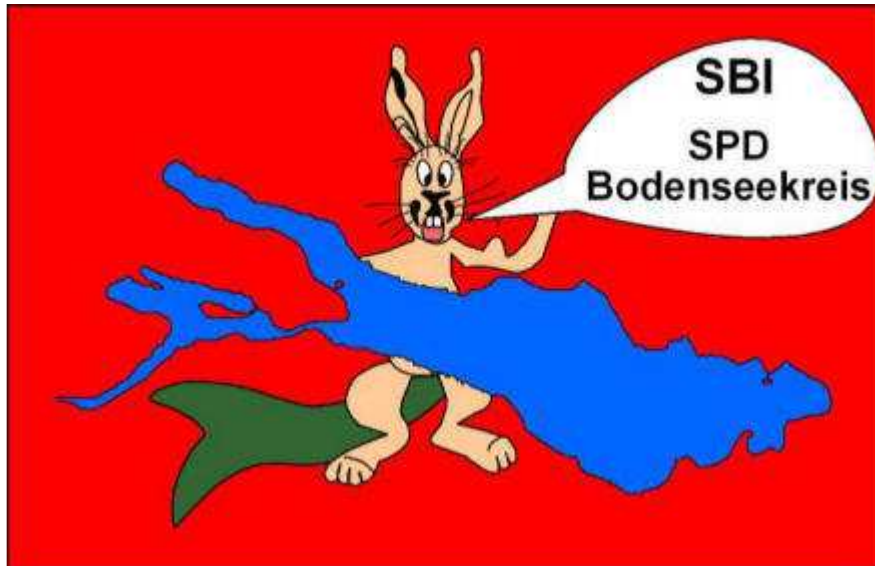


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Schon wieder FDP! Man kann sich streiten ob die Einrichtung von Auffanggesellschaften nicht die Zuständigkeit der Agentur für Arbeit tangiert (das wäre dann ein Indiz, dass dort nicht alles rund läuft). Wie kaltschnäuzig und herzlos die FDP mit Frauen umgeht, ist schon bemerkenswert. Es ging doch nicht um den gescheiterten Unternehmer Schlecker sondern um Frauen, die nicht so ohne weiteres wieder Arbeit finden werden. Dass Vertreter der CDU im Landtag die Rolle des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Nils Schmid in Sachen Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten als „hasenfüßig und schwach“ (Schwäbische Zeitung) beschrieb, er habe „zu wenig Rückgrat bewiesen“ ist schon unverschämt in Anbetracht dessen, dass die CDU in B-W jegliche Hilfe für die Schlecker-Frauen abgelehnt hat.

Die Bilanz nach fast einem Jahr Grün/Rot kann sich sehen lassen wie die Berichterstattung in der nächsten Ausgabe erweisen wird.

Arbeit genug wird es indessen noch geben, schließlich hat die letzte Landesregierung ein Erbe hinterlassen, das noch viel Kopfzerbrechen bereiten wird. Stellvertretend sei nur einmal die katastrophale technische Ausrüstung der Polizei genannt.

Jahrelang mussten wir von den GenossInnen in der Schweiz und in Vorarlberg anhören, wir hätten in Sachen Bodensee S-Bahn (Bodenseegürtelbahn) unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Jetzt scheint es doch zumindest ein Erwachen zu geben. Für alle, die es nicht wissen sollten, die B31 hört nicht westlich von Friedrichshafen auf. Nur wollte anscheinend bisher niemand planen. Eigenartiger Weise hat die CDU dies und einige „versprochene“ (von wem wohl?) Ortsumgehungen entdeckt.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Klaus Barthel zum neuen AfA-Chef gewählt	2
- Zitat -- Europa: "Ein Schritt in die falsche Richtung" - "Deutliches Zeichen zur Beendigung des Steuerdumpings gesetzt"	2- 4
- "Regionale Lebensmittel? – Wir brauchen mehr Klarheit"	4
- Bund: DIE BÜRGERVERSICHERUNG MUSS KOMMEN!	4- 5
- BW: Steuerabkommen mit der Schweiz	5- 6
- SPD-Bodenseekreis: Is was?	6- 8
- OV Kluftern: Ist Europa in der Krise?	8- 9
- Gewerkschaft der Polizei diskutiert mit SPD-Abordnung über die Polizeireform	9-10
- Rüstungskonversion am Bodensee und der Ostermarsch 2012 – OV Uhldingen-Mühlhofen, Brief zum Europatag	10-12
- „Was gesagt werden muss“ – Termine	12-13
- SBI: Sozialdemokraten am See nehmen Abschied von „Robin Hood“	14-15
- Sozialdemokraten und Bürger-Plattform für künftige "Bodensee-S-Bahn"	16-17
- SP Kanton SG: SP und Grüne bilden gemeinsame Fraktion - Das ist unseriös!	17-18
- SP Kanton Thurgau: Grossratswahlen 2012 im Thurgau -Erfolg für die SP!	18-19
- Medienmitteilung der SP Arbon	19
- SPÖ Vorarlberg: SPÖ gegen „Fracking“	19
- Das Bankgeheimnis gehört abgeschafft	19-20
- „Wie geht’s weiter mit der Bodenseegürtelbahn“	20-21
- SPD Kreis BC und Martin Gerster:	
- „Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland“ - Georgische Botschafterin besucht Biberach - Handtman wird es in Biberach zu eng	21-23
- SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz:	
- Mehr Ganztageschulen im Kreis	23-24
- SPD Kreis RV: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben zum Thema unkonventionelle Gasförderung oder auch „Fracking“	24
- Grünen-Bericht „aus dem operativen Alltag“ -	25-26
- Ulm und Hilde Mattheis: Hoffnung der Schlecker-Beschäftigten zerschellt an der FDP - „Frau im Fokus“ - Hilde Mattheis veranstaltet Fachgespräch zum Thema Osteoporose	26-27
-	
-	
26-27	
-	
27-28	
- BavarnSPD:	
28-30	
-	
30-32	
- Mail-Informationsdienst der SPD- Bundestagsfraktion Freitag, 23. März 2012	32-36
- Impressum	37

Klaus Barthel zum neuen AfA-Chef gewählt

Der bayerische Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel ist neuer Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels. Der 56-jährige tritt die Nachfolge von Ottmar Schreiner an. Barthel wurde am Samstag auf dem AfA-Bundeskongress in Bonn ohne Gegenkandidat mit 91,3 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt.

Der saarländische Parteilinke Ottmar Schreiner gab den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) nach zwölf Jahren im Alter von 66 Jahren ab. Barthel ist seit über 30 Jahren Gewerkschafter und gehört seit 1994 dem Bundestag an. Wie sein Vorgänger zählt er zum linken Parteiflügel.

Viel Freude dürfte die SPD-Führung auch mit Klaus Barthel nicht bekommen. Parteichef Sigmar Gabriel favorisierte eigentlich den hessischen IG-Metall-Bezirkleiter Armin Schild an der Spitze der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Jetzt übernimmt Barthel den Vorsitz vom ebenfalls meist unbequemen Ottmar Schreiner, dessen Stellvertreter er bislang schon war.

Barthel, der 1975 in die SPD eintrat, gilt als Genosse mit linker Grundsatztreue. Der gebürtige Münchner, der im oberbayerischen Kochel am See wohnt, geht Konflikten selten aus dem Weg.

[Rainer Vogt](#)

21. April 2012

DAS ZITAT

„Freund Israels bleibe ich, auch wenn seine Regierung Fehler macht. Freund von Grass bleibe ich trotz der Fehler in seinem Gedicht.“

(Egon Bahr am 11. April in der Frankfurter Rundschau)



Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

"Ein Schritt in die falsche Richtung"

Evelyne Gebhardt zur Abstimmung über das neue Abkommen mit den USA zur Weitergabe von Fluggastdaten

„Datenschutz und Bürgerrechte mussten heute offensichtlich zurückstehen“, machte **Evelyne Gebhardt**, Europaabgeordnete aus Muldingen und Gegnerin des neuen Abkommens zwischen der Europäischen Union und den USA zur Weitergabe von Fluggastdaten aus ihrer Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis keinen Hehl, nachdem das Europäische Parlament am heutigen Donnerstag mehrheitlich dem neuen Abkommen zugestimmt hatte.

Evelyne Gebhardt: „Der Kampf gegen internationalen Terrorismus und gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität in allen Ehren. Die Regelungen des Abkommens erachte ich aber für unverhältnismäßig.“

Die Abgeordneten der SPD im Europäischen Parlament kritisieren vor allem, dass US-Behörden in Einzelfällen auch direkt auf die Buchungssysteme der Fluggesellschaften zugreifen können, dass zu lange Speicherfristen für zu viele Datensätze erlaubt sind und auch die Nutzung der Daten für Straftaten nicht ausgeschlossen wurde, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung und des internationalen Verbrechens stehen.

„Was wir stattdessen brauchen, sind einheitliche Abkommen mit Drittsaaten über die Weitergabe von Fluggastdaten auf der Grundlage strenger, europäischer Datenschutzstandards“, fordert Gebhardt. „Das heutige Abstimmungsergebnis war deshalb leider ein Schritt in die falsche Richtung“.

Künzelsau, den 19. April 2012

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter SIMON:

"Deutliches Zeichen zur Beendigung des Steuerdumpings gesetzt"

EP fordert einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung in Europa

Mit breiter Mehrheit hat sich das Europaparlament heute für die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsbesteuerung in der EU ausgesprochen. "Der Ball liegt nun bei den Mitgliedstaaten", so **Peter SIMON**. "Das wäre ein zentraler Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit und ein deutliches Zeichen gegen den Wettlauf um möglichst niedrige Unternehmenssteuern. Wirtschaftsstandorte könnten nicht mehr so einfach gegeneinander ausgespielt werden und transnational agierende Unternehmen müssten die gleichen Vorschriften zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage anwenden", unterstreicht das Mitglied des federführenden Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Steuertourismus würde damit das Wasser abgegraben", so **Peter SIMON** weiter. Im Unterschied zum Vorschlag der Kommission schließt der Bericht des Europäischen Parlaments außerdem nicht die Tür für die dringend

benötigte Reform der Mindeststeuersätze. "Das heutige Ergebnis ist ein deutlicher Etappenerfolg im Kampf für europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen. Auch hier liegt der Ball jetzt klar bei den nationalen Regierungen. Wir Sozialdemokraten werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass einheitlichere Regeln für mehr Planungssicherheit und Steuergerechtigkeit sorgen", so **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 19.04.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

"Regionale Lebensmittel? – Wir brauchen mehr Klarheit"

Evelyne Gebhardt stellt mündliche Anfrage an die Europäische Kommission

Die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union fragen zunehmend regional produzierte Lebensmittel nach und tragen damit dem wachsenden Bewusstsein für Umwelt- und Klimaschutz Rechnung.

Aber ist ein Fruchtjoghurt, der aus der nahegelegenen Molkerei stammt ein regionales Produkt, wenn Zucker und Früchte aus 1000 Kilometer Entfernung angeliefert werden? Sprich: sollen alle oder nur die Hauptbestandteile aus regionaler Herkunft stammen?

"Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern Klarheit, was regional produzierte Lebensmittel sind. Als mündige Bürgerin will ich mich mündig entscheiden können. Dazu brauche ich aber eindeutige und verbindliche Kriterien. Die Europäische Kommission muss endlich tätig werden und Sicherheit für alle Verbraucher in Europa schaffen", forderte die SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecherin für den Ausschuss für Binnenmarkt- und Verbraucherschutz Evelyne Gebhardt in einer mündlichen Anfrage an die Europäische Kommission am Donnerstag im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg.

„Dass wir Wert auf regionale Vielfalt in Europa legen, widerspricht in keiner Weise den Prinzipien unseres gemeinsamen europäischen Binnenmarktes. Im Gegenteil: Da Regionen nicht mehr an Grenzen enden, stärken europäische Kriterien den grenzüberschreitenden Handel und damit das Zusammenwachsen Europas", ergänzte Evelyne Gebhardt.

Straßburg, 20. April 2012 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)



PRIVATE KRANKENVERSICHERUNGEN AM ENDE

DIE BÜRGERVERSICHERUNG MUSS KOMMEN!

Drastische Beitragssteigerungen, überhöhte Abrechnungen, Streit um Leistungen – immer mehr Privatversicherte wollen deshalb zurück in die Gesetzliche Krankenversicherung. Drastische Beitragssteigerungen, überhöhte Abrechnungen, Streit um Leistungen – immer mehr Privatversicherte wollen deshalb zurück in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Die Entwicklung zeigt: Das Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung ist nicht zukunftsfähig. Die heutige PKV ist am Ende. Jetzt ist es Zeit, dass die Bürgerversicherung kommt!

Während die Beiträge in der GKV stabil sind, fast alle gesetzlichen Kassen auf Zusatzbeiträge verzichten können und Milliardenüberschüsse gebildet werden, laufen der PKV die Kosten davon. In den vergangenen Jahren sind Privatversicherte deshalb von Beitragssteigerungen um bis zu 60 Prozent im Jahr betroffen.

Immer mehr Privatversicherte wechseln in die GKV – die Techniker Krankenkasse verbuchte eine Steigerung von 12 Prozent im vergangenen Jahr. Ca. zwei Drittel der 8,5 Millionen Privatversicherten wären bereit, in die GKV zu wechseln.

Jetzt sprechen sich auch AOKen und Verbraucherschutzzentralen für eine Reform aus. Immer mehr Expertinnen und Experten kommen zu unserem Schluss: Die GKV funktioniert, während die PKV längst zu einem Fall für den Verbraucherschutz geworden ist. Das Geschäftsmodell der PKV ist am Ende.

Für die SPD ist klar: Die Zukunft heißt Bürgerversicherung!

Wir wollen die Solidarität stärken. Alle sollen mit der Bürgerversicherung in einem einheitlichen Versicherungssystem versichert sein.

Damit wollen wir die Zwei-Klassen-Medizin abbauen.

Die Bürgerversicherung ist auch ein faires Angebot an alle Privatversicherten, sich aus dem Würgegriff von Beitragssteigerungen und überhöhten Abrechnungen zu befreien. Aber dies geht nur mit der Teilnahme an der Solidarität. Wer viel verdient, muss auch mehr beitragen.

Dafür bietet die Bürgerversicherung stabile Beiträge und verlässliche Leistungen – auch im Alter.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Forderung der SPD. Unabhängige Umfragen zeigen: Mehr als drei Viertel der Befragten unterstützen die Bürgerversicherung.

Die Zukunft der Krankenversicherung ist die Bürgerversicherung: Solidarisch, gerecht und leistungsfähig. Wir kämpfen jetzt in Schleswig-Holstein, in NRW und 2013 im Bund dafür, dass wir sie umsetzen können.

29.03.2012

SPD-Parteivorstand

Landespolitik:

Forum Demokratische Linke 21 e.V.

Baden-Württemberg
- Sprecherkreis -

Herrn

Nils Schmid, MdL

Landesvorsitzender der SPD

Baden-Württemberg

per Email: buero@nils-schmid.de

20. März 2012

Steuerabkommen mit der Schweiz

Lieber Nils,

die SPD hat auf dem Parteitag 2011 zu Recht gefordert, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz, wie es die Bundesregierung im Spätsommer 2011 vorgelegt hat, neu verhandelt werden muss.

Unsere zentrale Forderung war und ist, dass das Abkommen auf der Basis zuverlässiger Informationen über die Anzahl und Höhe der auf Schweizer Banken lagernden Gelder deutscher StaatsbürgerInnen zu einer gerechten Nach- und künftigen Versteuerung führen muss. Nur so kann Steuergerechtigkeit sichergestellt werden.

Nun ist im Zusammenhang mit den Nachverhandlungen zum Steuerabkommen unter der Schlagzeile „SPD akzeptiert Schweizer Geheimnisse“ (DER SPIEGEL, 19.03.2012) schon vor Abschluss eines revidierten Abkommens zu lesen: "Wir können auch damit leben, dass es keinen automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden beider Länder gibt", sagte der baden-württembergische Finanzminister Nils Schmid.

Ein solches vorausseilendes Einknicken in der zentralen Frage des künftigen Abkommens widerspricht fundamental dem Beschluss des SPD - Bundesparteitags 2011 („Keine Zustimmung zum deutsch - schweizer Abkommen“). In diesem Beschluss (Nr. 58) heißt es: „Die größten Steuerhinterzieher und Schwarzgeldschleuser dürfen nicht unerkannt, ohne Bestrafung und mit geringfügigen finanziellen Einbußen davon kommen.“ Wir können nicht akzeptieren, wenn es weiterhin ermöglicht wird, dass sich deutsche SteuerhinterzieherInnen mittels einer anonymen pauschalen Einmalzahlung „legalisieren“ können.

Wir dürfen keinem Abkommen zustimmen, das dazu beiträgt, die Bemühungen der EU im Kampf gegen Steuerhinterziehung weiterhin zu unterlaufen. EU - Steuerkommissar Algirdas Semeta hat kürzlich in einem Brief an die dänische Ratspräsidentschaft und die 27 EU-Finanzminister darauf hingewiesen, dass keine Bereiche bilateral verhandelt werden dürfen, die bereits durch geltendes EU - Recht abgedeckt sind.

Die EU - Zinsbesteuerungsrichtlinie wird derzeit so überarbeitet, dass Schlupflöcher geschlossen werden. Dazu zählte bisher auch das Bemühen, den automatischen Informationsaustausch auch auf die Schweiz auszuweiten. Das entspricht dem Rechtsempfinden der ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland, in Griechenland und anderen EU - Staaten – und sie erwarten das von der Europäischen Union.

Es kann nicht sein, dass in einer Situation, in der es in Europa darum geht, mit einer wirkungsvollen Fiskalpolitik Ursachen und Auswirkungen der Finanzkrise zu bekämpfen, es weiterhin möglich sein soll, der ausreichenden Finanzierung der Staatshaushalte – auf kriminelle Weise – Mittel in Milliardenhöhe zu entziehen.

Ein solches Abkommen muss die Anonymisierung der SteuerstraftäterInnen unmöglich machen und sie zur Rechenschaft ziehen. **Dies wäre auch ein substantieller Beitrag zur Konsolidierung der Staatshaushalte und könnte die mit dem Fiskalpakt angestrebten Sparmaßnahmen auf ein erträglicheres Maß zurückführen.**

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, Luisa Boos, Leni Breymaier, Rita Haller - Haid, Andreas Raschke, Rainer Weitzel

Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg

www.forum-dl21.de
info@forum-dl21.de



Is was?

Zur Lage in der SPD- Bodenseekreis

In einer Parteigliederung mit über 600 Mitgliedern wie der SPD Bodenseekreis wird und soll es immer unterschiedliche Meinungen geben. Davon lebt die Demokratie. Aber, arbeitsfähig sind Parteien, Parlamente und alle demokratischen Gremien nur, wenn die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen auch gelten. Das heißt natürlich nicht, dass der Unterlegene einer Abstimmung/Wahl dieses Ergebnis für immer akzeptieren muss. Abstimmungs- und Wahlergebnisse können immer korrigiert werden, und zwar nach in Gesetzen, Satzungen usw. festgelegten Fristen und Regeln.

Die Satzung der SPD-Bodenseekreis legt fest, dass der Vorstand gemäß dem Parteiengesetz spätestens nach zwei Jahren neu gewählt werden muss. Da wir vor knapp einem Jahr einen neuen Vorstand gewählt haben, hat dieser Vorstand ein Mandat für noch ein gutes Jahr.

Am 22. März 2012 musste die Jahreshauptversammlung der SPD Bodenseekreis zwei neue stellvertretende Vorsitzende neu wählen. Die

eine stellvertretende Vorsitzende gab aus persönlichen Gründen (Belastung durch das Studium) ihr Amt zurück. Der andere, der vor einem Jahr bei der Wahl des Vorsitzenden klar dem heute amtierenden Vorsitzenden unterlegen war und dann zum Stellvertreter gewählt wurde, erklärte seinen Rücktritt letztlich mit unterschiedlichen Auffassungen gegenüber dem Vorsitzenden und dem Medienreferenten. Meiner Meinung nach können unterschiedliche Auffassungen gegenüber anderen Vorständen nur dann als Rücktrittsgrund gelten, wenn diese sich in unüberbrückbaren politischen Meinungen manifestieren. Mündlich erklärte der zurückgetretene stellvertretende Vorsitzende, dass einer der wesentlichen Gründe für seinen Rücktritt sei, dass er nicht in die Pressearbeit des Kreisverbandes eingebunden sei. Da der Medienreferent immer alle Pressemitteilungen mit dem Vorsitzenden abgestimmt hatte und diese abgestimmten Mitteilungen immer gleichzeitig mit der Presse an die Stellvertreter verteilt hatte, ist die Forderung nach der Einbindung in die Pressearbeit so zu verstehen, dass er am Abstimmungsprozess unbedingt beteiligt sein wollte. Dagegen spricht einerseits, dass der Vorsitzende einer Gliederung der SPD zwar demokratisch und kooperativ agiert, aber nicht „primus inter pares“ ist, so auch der bisherige Stellvertreter während einer Sitzung des vorigen Kreisvorstandes. Andererseits würde durch eine Beteiligung beider Stellvertreter des Vorsitzenden die Reaktionsgeschwindigkeit auf politische Ereignisse aller Art gegenüber der Öffentlichkeit deutlich verringert werden. Konkret beklagte der zurückgetretene Stellvertreter in diesem Zusammenhang, dass die Presse das Abstimmungsergebnis des Kreisvorstandes pro Stuttgart 21 nicht veröffentlicht habe. Diese Beschwerde ist unverständlich, da dem Vorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern die Mitteilung des Kreisvorstandes an die Presse vorgelegen hat, in dem die Presse über das positive Votum des Kreisvorstandes zu S21 informiert worden ist. Nur, der Pressesprecher einer Parteigliederung hat in einer Demokratie keinen Einfluss darauf, was die Presse veröffentlicht. Seinen Rücktritt erklärte der Stellvertreter auch mit seiner positiven und in der Öffentlichkeit vertretenen Haltung zu S21, die er übrigens mit dem Vorsitzenden teilt, und seiner Forderung, dass das Votum des Kreisvorstandes den Wählern für die Abstimmung zu S21 als Leitlinie dienen solle. Diese Haltung sei auch durch einen Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz legitimiert.

Das stimmt so nicht. Die Landesdelegiertenkonferenz hat zwar allen SPD-Mitgliedern freigestellt, ob sie sich für oder gegen S21 engagieren wollen, aber festgehalten, dass sich die SPD Baden-Württemberg neutral gegenüber S21 verhält und also keine Empfehlung für die

Volksabstimmung gibt ¹. Der Vorstand der SPD Bodenseekreis gehört zur SPD Baden-Württemberg. Der Stellvertreter ist also von seiner Funktion in der Mitte der Wahlperiode also aus einem rein formalistischen Grund (Nichtbeteiligung am Abstimmungsprozess bei Mitteilungen an die Presse) und nicht wegen unüberbrückbarer politischer Meinungsverschiedenheiten zurückgetreten.

Einige wenige Wochen vor der Kreiskonferenz bedauerte ein Ortsvereinsvorsitzender während einem Treffen der Vorstände der Grünen und der SPD im Kreis, wie schrecklich es für ihn gewesen sei, zusammen mit der CDU gegen die Landesregierung - als Grünrot noch nicht einmal ein Jahr an der Regierung

¹ Der Beschluss vom Landesparteitag am 14./15.10.2011:

„Die Volksabstimmung rückt nun näher, es formieren sich sowohl Befürworter/innen als auch Gegner/innen dieses großen Infrastrukturprojektes – darunter auch SPD-Mitglieder. Deshalb stellt der SPD-Landesverband fest:

- *Die SPD ist stolz darauf, dass die Volksabstimmung, die von uns im September 2010 vorgeschlagen wurde, jetzt stattfindet. Wir appellieren an alle SPD-Mitglieder, bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Teilnahme an der Volksabstimmung zu werben. Die SPD Baden-Württemberg wird kein Bündnis mit anderen Parteien oder Verbänden zur Kampagne zur Volksabstimmung eingehen – weder pro noch contra S21 – und auch kein Geld für ein solches Bündnis zur Verfügung stellen.*
- *Die SPD Baden-Württemberg hat eine klare Beschlussvorlage für S21. Wir erkennen an, dass es in unserer Partei sowohl Befürworter als auch Gegner des Projektes gibt. Von zentraler Bedeutung ist für uns, dass wir in unserer Landespartei respektvoll mit den unterschiedlichen Positionen zum Thema S21 umgehen. Es ist Sache jedes Mitglieds, für sich selbst zu entscheiden, ob und wie es sich – entsprechend seiner Überzeugung – an den Kampagnen für oder gegen den Ausstieg aus S21 beteiligt.*

war - für die Fertigstellung einer Ortsumgehung protestieren zu müssen. Wo sind wir eigentlich? Die CDU hatte diese Ortsumgehung 2004 versprochen, aber nichts seitdem übernommen. Und jetzt demonstriert die SPD mit der CDU.

Zur Jahreshauptversammlung hatte der Kreisvorsitzende eine Tischvorlage verteilt, in der er nicht nur seine Leistungen und Zukunftspläne schilderte, sondern auch seine Probleme mit seinem bisherigen Stellvertreter und dessen Ortsverein schilderte.

Zur Vorgeschichte: Der grüne Landtagsabgeordnete Martin Hahn hatte in einer Pressekonferenz die Haltung unserer Regierung bekräftigt, dass die Reparatur von Landesstraßen dem Neubau vorgezogen werde. Deswegen könne die 2004 geplante Umgehung von Bermatingen und Markdorf frühestens in 30 Jahren realisiert werden. Außerdem empfahl er, die Umgehung FN-West erst einmal zweispurig anzugehen, da er hoffe, dass dann der Bund als der Geldgeber eher bereit sein könne, sich für FN-West zu engagieren. Hahn erntete einen Proteststurm der CDU unter anderem auch vom CDU-MdL Ulrich Müller, der daran erinnerte, dass er in 2004 diese Ortsumgehung geplant habe. In einer Pressemitteilung stellte der SPD-Kreisvorstand fest, dass Müller in mehr als sieben Jahren die Realisierung seines Plans nicht gestartet habe und dass die SPD im Bodenseekreis nach wie vor zum Planungsfall 7.5 beim Ausbau der B31 stehe.

Der Ortsverein Friedrichshafen reagierte mit einer eigenen Pressemitteilung auf die des SPD-Kreisvorstands. Im folgenden Zitate aus dieser Pressemitteilung, ohne die darin enthaltenen Forderungen an die Bundes- und Landesregierung und ohne die Kritik an der grün-roten Landesregierung:

„Rein parteipolitisch motivierte Schuldzuweisungen oder rückwärts gewandte Blicke – wie zuletzt von der Kreis-SPD geäußert – bringen uns ... nicht weiter“, so der (da noch stellvertretende Kreisvorsitzenden,) stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD zur Kritik des Kreisvorstands an der Schlafmützigkeit der CDU.

Der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion „bekräftigt, dass die Pressemitteilung der SPD Bodenseekreis nicht durch den Sachverstand der SPD Friedrichshafen bereichert wurde.“

Mit den Worten „Im Interesse der Stadt und der Region setzen wir uns für Lösungen ein. Mit Fahrradwegen werden wir die fehlende Umgehung nicht kompensieren können,“ widerspricht der Ortsvereinsvorsitzende dem Koalitionsvertrag (S.25 ff).

Diese drei Zitate aus einer an die Presse verteilten Mitteilung erklären hoffentlich, warum der Kreisvorsitzende meinte, auf der Jahreshauptversammlung trotz der anwesenden Presse Probleme ansprechen zu müssen. Allerdings bot er an, die Probleme in einer lt. Kreisstatut parteiöffentlichen Kreisvorstandssitzung und nicht während der KDK mit den Betroffenen zu klären.

Nach der KDK diskutierte ein Ortsverein des Bodenseekreises in Facebook über unseren Kreisverband:

Der Kreisvorsitzende wird namentlich genannt. Ihm wird abgesprochen, der Aufgabe als Kreisvorsitzender gewachsen zu sein. Und es wird mehr Beteiligung aller Ortsvereine gefordert, wieso eigentlich? Die Ortsvereinsvorsitzenden sind immer zu den parteiöffentlichen Vorstandssitzungen eingeladen worden. Nur sind halt meistens nur wenige gekommen. Vom größten Ortsverein im Kreis kam indes meist nur ein Mitglied, und dann öfters deutlich über das akademische Viertel hinaus, nämlich ein bis zwei Stunden verspätet.

Ich fürchte, dass wir es hier mit einer Kampagne gegen den gewählten Vorsitzenden zu tun haben und zwar von denen, die vor einem Jahr anders gewählt haben. Der Gegenbeweis gegen diese Vermutung wäre eine stärkere und konstruktive Mitarbeit aller Ortsvereine des Kreises im Kreisvorstand. Wir sind kommunalpolitisch die viert- oder fünftstärkste Fraktion, Landes- und bundespolitisch stehen wir auf Platz drei. Unser Gegner ist die CDU und in der Kommunalpolitik die freien Wählergruppen, die sich von der CDU abgespalten haben. Die Grünen und deren kommunale Nebenorganisationen sind sicher in den Gemeinden und im Kreis Konkurrenz bei den Kommunalwahlen, im Land sind sie unsere Partner; unsere Seniorpartner, nach dem schlechtesten Landtagswahlergebnis der SPD im Ländle. Hier ist politischer Sachverstand gefordert, aber ohne Anbiederung an die CDU und ohne Profilierungsversuche auf Kosten unseres Koalitionspartners. Hier gibt es viel Verbesserungsbedarf.

Dietram Hoffmann

Ortsverein Kluffern:

Ist Europa in der Krise?

Referat von Professor Jochum bei der SPD Kluffern

Georg Jochum ist Staats- und Verwaltungsrechtler an der Zeppelin-Universität am Seemooser Horn in Friedrichshafen. Vor einigen Wochen hat er ein Büchlein herausgegeben zum Thema Kampaing und Lobbying für gesellschaftlich-politische Anliegen, am Beispiel des Ausbaus der B 31/B 33 am nördlichen Bodenseeufer.

Sein Vortrag bei der Jahreshauptversammlung der SPD Kluffern hat sich auf 3 Bereiche bezogen:

- 1.Chancen und Handicaps bei den EU-Institutionen
- 2.Die Struktur des Euro
- 3.Die aktuelle Krise und ihre Bewältigung

Sein Fazit: Wir dürfen nicht nachlassen, die Leute aufzuklären über die Idee der europäischen Einigung. Was bedeutet Europa für den Einzelnen? Wie wirkt die EU auch auf die kommunale Selbstverwaltung ein? Europa leidet unter dem „Phantomschmerz des „Nationalstaates“, seit 50 Jahren. Die heutige EU geht auf einen fiesen Trick zurück. Zunächst scheiterte die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1952 an der französischen Nationalversammlung. An deren Stelle trat dann der europäische Binnenmarkt mit dem Ziel: Wohlstand für alle, was dann die EWG (Wirtschaftsgemeinschaft) zur Folge hatte. 1957 wurden die Römischen Verträge ratifiziert. Die EU als internationale Organisation folgt in ihrem Aufbau dem Muster einer internationalen Organisation. Die meisten ihrer Organe werden aber überwiegend von der nationalen Politik präjudiziert: das EU-Parlament wird jeweils national gewählt, der Ministerrat, die EU-Kommission- Gremien, deren Zusammensetzung von nationalen Regierungen und Regierungschefs vorbestimmt werden. Lediglich der Europäische Gerichtshof ist von nationalen Weisungen unabhängig. Die Brüsseler Bürokratie, die viel gehasste. Wenn 12-15 verschiedene nationale Normen für Autogetriebe um des Erfolges beim Handel vereinheitlicht werden sollen, geht das nicht ohne eine gemeinsame Regelung, die eben die EU-Kom-

mission bearbeitet und wo der EU-Rat und der Ministerrat, also die nationalen Politiker/innen maßgeblich mitwirken. Die EZB ist ebenfalls nicht nationalpolitisch beherrscht.

Jochum fordert einen neuen EU-Vertrag, mit dem auch die erheblichen Legitimationsprobleme überwunden werden sollen. Statt der nationalen Parlamente soll künftig das EU-Parlament eine viel größere Rolle spielen bei der Gesetzgebungsinitiative und bei der Wahl der EU-Kommission. Die nächste Wahl des EU-Parlaments ist im Juni 2014. Es besteht aus insgesamt 754 Abgeordneten, davon 99 deutsche Abgeordnete. 23 SPD-Abgeordnete (2 aus Baden-Württemberg), 42 CDU/CSU-Abgeordnete, 14 Grüne, 12 von der FDP, 8 Linke. Das EU-Parlament tagt 12-mal im Jahr viertägig in Straßburg und 6-mal viertägig in Brüssel. 2 Wochen allmonatlich sind den Ausschusssitzungen und interparlamentarischen Delegationen vorbehalten. 4 Wochen im Jahr sollen die EU-Abgeordneten ausschließlich in ihrem Wahlkreis unterwegs sein.

Der EURO hat einen Webfehler. Es ist versäumt worden, bei der Schaffung der EURO-Zone eine gemeinsame Fiskalpolitik und ein System so ähnlich wie der innerdeutsche Länderfinanzausgleich einzuführen. Die Idee einer gemeinsamen Währung in EU-Staaten ist schon in den 60er Jahren entwickelt worden. Die Industrie hat wegen der erheblichen Währungsschwankungen zwischen den Nationalstaaten schon länger auf eine Währungsunion gedrängt. Bretton Woods (mit Helmut Schmidt) bedeutete eine starke Abwertung des US-Dollars und die Einführung des EWS (Europäischen Währungssystems). Die spätere EZB in Frankfurt ist nach dem Muster der Bundesbank aufgebaut worden. Es gibt ein Verbot eines unmittelbaren Ankaufs von Staatsanleihen im geltenden EU-Lissabon-Vertrag. Ebenso ein Verbot von Überziehungskrediten der Mitgliedsstaaten, ebenso nach Art.124 des EU-Vertrages das Verbot eines Finanzausgleiches zw. stärkeren und schwächeren Staaten in der EURO-Zone. Der beim EU-Gipfel am 10. Mai 2010 beschlossene ESM-Rettungsschirm soll dauerhaft ab 2012 gelten. Er wird verwaltet von einem Gouverneursrat (Finanzministerrat) und einem Direktorium. Die Rettung Griechenlands nützt Deutschland in erheblicher Weise. Es stützt seine Kreditfähigkeit. Hinter den Staatsanleihen steckt eine abgesicherte Garantie. Zu beachten ist auch der

Artikel 126 des EU-Vertrages zum EU-Stabilitätspakt.

80 Prozent des EU-Haushalts mit seinen 147,2 Mrd. Euro. Quelle: www.europa.eu/budget gehen als Subventionen in die EU-Länder. Notwendig ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Unternehmenssteuer, außerdem mehr Eingriffsmöglichkeiten in nationale Haushaltsrechte. In der Präambel des deutschen Grundgesetzes ist die Übertragung von Souveränitätsrechten an Europa bereits normiert, wenigstens als Vision. Als großes Problem sieht Jochum den um sich greifenden Rechtspopulismus in mehreren EU-Staaten wie Ungarn(!), aber auch die Umtriebe in der englischen Presse und bei der Konservativen Partei im U.K. Wir haben ein Europa der 27 Geschwindigkeiten, eine Politik, die die Menschen draußen im Land nicht mehr erreicht. EUROPA braucht uns!!

W. Bernhard

Gewerkschaft der Polizei diskutiert mit SPD- Abordnung über die Polizeireform

**27. März 2012, 18 Uhr bis 20.15 Uhr im
„Goldenen Hirsch“ Friedrichshafen**

FRIEDRICHSHAFEN. Am Mittag verkündete Innenminister Reinhold Gall seine Vorentscheidung zum künftigen Polizeipräsidium in Konstanz, am Abend traf sich der Kreisvorstand der hiesigen Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit interessierten Vertretern aus den SPD-Ortsvereinen. Erstes Fazit der Unterredung: „Mit der Entscheidung für die Konzilstadt können wir gut leben. Jetzt beginnt die eigentliche Arbeit, für die Sicherheit der Bürger in den vier zugeordneten Landkreisen, mit der personalintensiven Ausstattung der neuen Dienststellen (Präsidium, Kriminalpolizeidirektion und Kommissariate, sowie des Kriminaldauerdienstes),“ sagte Hans-Jürgen Kirstein, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP und Mitglied im Hauptpersonalrat beim Landesinnenministerium bei dem Kontaktgespräch.

Ganz gut kommt die Wasserschutzpolizei am Bodensee bei dem Projekt der Landesregierung weg, das nach Ostern auf den parlamentarischen Gesetzgebungsweg geht und dann schritt-

weise umgesetzt werden soll. „Jetzt wird die Aufteilung nach Fach- und Dienstaufsicht und die räumliche Trennung zwischen Konstanz und Friedrichshafen wieder in einer Hand zusammengeführt, was auch direktere Wege beim Vorgehen im Einsatzfall ermöglicht“, berichtete ein Sprecher der WaPo-Kolleg/innen. Einziges Problem: „Es fehlt dringend an jungem Personal!“

Die Immenstaader SPD-Gemeinderätin Irene Demuth reagierte betroffen auf den Hinweis der Gewerkschaftssprecher, wonach im Falle des Mutterschutzes junger Beamtinnen keinerlei Vertretungskräfte zur Verfügung stehen. Schon der frühere SPD-Innenminister Frieder Birzele habe eine bessere Springer-Reserve im Polizeidienst zugesagt, ohne dass sich die Verhältnisse aber wesentlich gebessert hätten.

Ibrahim H. Emele, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei im Bodenseekreis, lenkte den Blick auf die Neustrukturierung der Kriminalpolizei im künftigen Präsidiums-Gebiet. Demnach soll in Friedrichshafen künftig der Standort für den Kriminaldauerdienst mit einer Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit – sein. Zudem wird es Kriminalkommisariate in Sigmaringen, in Ravensburg und in Konstanz geben.

Beim Kriminaldauerdienst müsse auf der Fläche von vier Landkreisen zur Nachtzeit und am Wochenende der Personalaufwand so bemessen sein, dass auch bei größeren Entfernungen und mehreren Ereignissen, wie in Gammertingen oder Aitrach, eine ausreichende und schnelle Reaktion erfolgen kann

Insgesamt 1711 Beamte und Angestellte arbeiten künftig im Bereich des Polizeipräsidiums Bodensee-Oberschwaben, davon 1493 im Polizeivollzugsdienst.

Die GDP-Kollegen begrüßten bei dem Gespräch mit der SPD die „sehr dialogorientierte Vermittlung der Polizeireform“ durch Innenminister Reinhold Gall. „Wir hoffen auf die Zusage des Innenministers, dass die polizeiliche Basis bei der Ausgestaltung des künftigen Präsidiums Konstanz angemessen beteiligt wird“, bekräftigte der GdP-Kreisvorstand.

28.März 2012

W.Bernhard

Rüstungskonversion am Bodensee und der Ostermarsch 2012

Am Häfler Fährehafen steigen um 8.30 Uhr am frühen Ostermontagmorgen nicht viele Leute zu. Es ist recht kühl, keine Sonnenstrahlen in Sicht. Etwa 15 meistens junge Leute tragen selbstgebastelte Transparente mit, auf denen steht: „Keine Waffen vom Bodensee!“ „Für eine rüstungsfreie Produktion am See“ oder „Tod bringende Waffen vom Schwäbischen Meer“. Einer hat eine Sichel und eine schwarze Verkleidung mit der Abbildung eines Skeletts dabei: der Sensenmann! Die Gruppe gehört wohl zum Lager der deutschen Linkspartei.

In Romanshorn wird die Delegation von Schweizer Friedensbewegten empfangen. Gemeinsam zieht man zur Nahverkehrsbahn, wo es nach Arbon geht. Hier, am Bahnhof, beginnt der gemeinsame Ostermarsch von rund 40 Organisationen rings um den See, von amnesty international bis zur Sozialistischen Bodensee-Internationale. Auch etliche Grüne aus der Schweiz und vom nördlichen SeeUfer (wie Klaus Lindemann) sind eingetroffen. Etwa 250 Leute ziehen zur Galluskirche in Arbon, vor der Pfarrer Frey wenig sagt zum Thema des Ostermarsches, viel aber zum rühmlichen Ungehorsam des Mönches Gallus gegenüber seinem recht autoritären Oberen Kolumban in der frühen Geschichte der Besiedlung und Christianisierung der Bodenseeregion. Immerhin treffen hier von der SBI Fredi Alder, Peter Gubser, Martin Engler und Willi Bernhard aufeinander (teilweise mit ihren Lebenspartnerinnen). Von Arbon geht der Ostermarsch mit den 250 Leuten am See entlang in den Nachbarkanton St. Gallen, nach Steinach. Am Seeufer hält Jo Lang, ein grüner Politiker (und früherer Nationalrat) eine flammende Rede gegen Schweizer Waffenexporte in die Krisengebiete des Nahen und Mittleren Ostens. Bevor es der Steinach entlang zum Firmengelände des Rüstungsunternehmens STI Hartchrom geht, welches Geschützrohre verchromt für den Einsatz in den Kriegen und Konfliktregionen dieser Welt anstatt Krankenwagen und Feuerwehrautos zu bauen, sagt Jo Lang noch: „Der Bodensee sollte ein Signal geben zur Rüstungskonversion, nicht zum Töten!“ Die Hände werden allmählich klamm vor Kälte. Vor dem Firmengelände stehen ein paar Polizisten rum, man weiß ja nie.... Doch es passiert nix. Dann

kommen alle 250 Ostermarschierer am kleinen Bahnhof in Steinach zusammen. Hier führt W. Bernhard ein nettes Gespräch mit einem früheren Schweizer Genossen und Nationalrat, der vor vielen Jahren mal bei der Bundesversammlung den Genossen Moritz Leuenberger nicht zum Bundesrat wählen wollte und von der Parteibasis aufgefordert werden musste, doch den Moritz Leuenberger in den Bundesrat (Schweizer Regierung) zu wählen.

In Romanshorn bleiben nur wenige Ostermarschierer in der Schweiz, die meisten fahren mit der jetzt vollbesetzten Fähre nach Friedrichshafen. W. Bernhard debattiert mit Martin Engler über das umstrittene Steuerabkommen und wie man aus der Bredouille wieder herauskommt. Wie wäre es mit einem Gipfeltreffen zwischen Christian Levrat und Sigmar Gabriel in Friedrichshafen?

Am Fährhafen in Friedrichshafen finden sich etwa 50 Leute ein, um die anderen Friedensbewegten willkommen zu heißen. Auch Charly Schweizer von Lindau ist dabei. Es geht an der Uferpromenade durch die Riedleparkstraße bis zur Kreuzung vor dem Eingang von mtu, pardon-von Tognum. Hier begrüßt am Mikrofon der „Tod“ (siehe Kostüm mit dem Skelett und der Sense vom 1. Abschnitt) den Freiburger Friedensaktivisten und Träger des Aachener Friedenspreises 2011, Jürgen Grässlin. Der prangert auf der kleinen Tribüne vor den jetzt an die 300 Versammelten die Verstrickung der Maybach-Werke mit der Kriegsproduktion im 2. Weltkrieg an und die heutigen Rüstungsgeschäfte des Triebwerke-Herstellers. Er dreht sich um, zum Werkstor von MTU-Tognum zugewandt, und ruft: „Steigen Sie aus dem Geschäft mit dem Tod aus!“ Grässlin kritisiert den Verkauf deutscher U-Boote nach Israel, an die arabischen Diktaturen (Saudi-Arabien!) und den enormen Anteil des deutschen Rüstungsexports nach Griechenland (ausgerechnet Griechenland). Über ein Dutzend Firmen rings um den See seien dick drin im Rüstungsgeschäft. Das müsse ein Ende haben.

Warum kann MTU nicht mehr Motoren für Rettungsfahrzeuge zu Wasser und zu Lande bauen? Und der Krieg in Afghanistan muss ein baldiges Ende nehmen. Und, so Grässlin, Grass hat Recht, wenn er in seinem umstrittenen Gedicht die Aufrüstung von Israel anklagt, die sonst immer gerne verschwiegen würde. Auch Israel sei ein Atomstaat. Insofern habe

Grass „unsere Solidarität“. Dann geht es durch die Ernst-Lehmann-Straße und die Riedleparkstraße in die Karlstraße, wo im Gemeindehaus St. Nikolaus in der Häfler Altstadt ein Imbiss mit abschließenden Dankadressen an die beteiligten Ostermarschierer abgehalten wird. Im Restaurant des Zeppelinmuseums stärken sich Genoss/innen aus Kehlen und aus Heiden/Appenzell gemeinsam für den anstrengenden Heimweg nach dem langen Ostermontag.

Was bleibt? Ein etwas schaler Eindruck. Die Grundsatzprogramme der deutschen Sozialdemokraten (Hamburger Programm) und der Industriegewerkschaft Metall enthalten beide ein klares Bekenntnis zur Rüstungskonversion. Warum scheut man dann bei den Sozialdemokraten am nördlichen Seeufer und beim Tognum-Betriebsrat den –warum nicht kontroversen Dialog mit den Ostermarschierinnen und –marschierern? Sonst ist man doch auch nicht so scheu in der politischen Auseinandersetzung.

W. Bernhard



Ortsverein Uhldingen-Mühlhofen

SPD - OV Dr. Wolfram Klaar Im Öschle 16
88690 Uhldingen-Mühlhofen

Uhldingen-Mühlhofen, 22.04.12

Liebe Genossen,

Gedenktage sind dazu da, Erinnerungen wach zu halten, eben an etwas besonders Wichtiges zu denken. Am 9. Mai ist Europatag.

Wie wir uns in der Kreis-SPD einig sind, ist Europa für uns alle nicht nur immens wichtig, es ist zugleich in Gefahr, in der politischen Alltagsroutine vergessen zu werden, vielleicht sogar unter die Räder zu kommen und dem Opportunismus Einzelner zum Opfer zu fallen. Herr Sarkozy stellt im Präsidentschafts-Wahlkampf wieder mal das Schengen-Abkommen in Frage, und er ist nicht der Einzige.

Immerhin sind, wie wir von Rolf Müller, dem Kreisvorsitzenden der Europa-Union, erfahren konnten, nahezu alle Gemeinden des Bodenseekreises Mitglieder dieser Vereinigung.

(Ausnahme ist Immenstaad.) Sie bekennen sich also aktiv zu Europa.

Es wäre ein Zeichen von einiger Symbolkraft, wenn es gelänge, alle Bodenseegemeinden dazu zu bewegen, an diesem Tag an ihren Rathäusern die Europaflagge zu setzen. Entsprechendes gilt für den Landkreis. Landrat Wölfler hatte 2009, wie noch auf der Website des Landratsamts nachzulesen ist, aus Anlass dieses Datums eine Europa-Werbekampagne veranlasst: „Angesichts der anstehenden Europawoche vom 4. – 10. Mai und den Europawahlen am 7. Juni (2009) bietet das Landratsamt Bodenseekreis wieder umfangreiches Material auf einer „Info-Insel“ im Foyer der Glärnischstraße an.“

Ob in diesem Jahr wieder etwas Gleichartiges stattfinden soll, ist nicht erkennbar. Da der Eintrag von 2009 stammt, fürchte ich, dass nein.

Ich bitte die Gemeinderäte unter Euch, in Euren Gremien dafür zu werben, dass die Gemeinden Flagge zeigen. Ein zusätzlicher, erklärender Hinweis im Amtsblatt wäre sicher angebracht. Es kostet nahezu nichts, wäre aber ein schönes gemeinsames Bekenntnis zu unserem Europa. Vielleicht schafft es ja auch jemand, Herrn Wölfler zu einer Empfehlung zu bewegen.

Mit solidarischem Gruß

Wolfram Klaar

Persönliches zu Günter Grass

Gedicht:

„Was gesagt werden muss“

Das ist gewiss ist nicht das erste Gedicht, das sich nicht reimt. Trotzdem ist es ein Gedicht. Die Zeilen enden nicht willkürlich. Sie sind von Grass bewusst so gesetzt worden, dass ein Gedicht und eben kein Prosatext entstanden ist. Man sollte laut und langsam lesen, und die Stimme am Ende der Zeilen leicht heben. Diese von ihm gewählte Form hat es ihm ermöglicht, seine Sorgen, aber auch seine Verbundenheit mit Israel und unser aller Last mit der Schande für die deutsche Vergangenheit stark verdichtet auszudrücken. Die Entscheidung, ob dies Gedicht gute Literatur ist, sei dem Urteil der Leser und von mir aus der Ressortleiter Literatur in den Feuilletons der Medien überlassen.

Es stimmt, Grass befasst sich in diesem Gedicht nicht mit den widerlichen Drohgebärden gegenüber Israel und dem lügnerischen, nuklearen Versteckspiel des Iran, warum auch? Er will seine Ängste wegen der Politik Israels ausdrücken, im Bewusstsein, dass Kritik an Israel dem Kritiker den Vorwurf des Antisemitismus einbringen wird. Dabei ignorieren seine Kritiker, dass er den Holocaust ein „ur-eigenes Verbrechen“ und einen „nie zu tilgenden Makel“ für uns Deutsche nennt. Oder ist es Antisemitismus, wenn Grass die Tatsache - das U-Boot - und die von niemanden bestrittene Vermutung - der Kernwaffenbesitz von Israel - in einem Gedicht erwähnt und fürchtet, dass Israel in einem Erstschlag das „iranische Volk auslöschen **könnte**“? Israels klandestine Nuklearbewaffnung in einer der spannungsreichsten Regionen der Erde und seine Drohung, in einem Erstschlag Irans Fähigkeit zum Bau einer Atombombe zu beenden, zeichnen es bestimmt nicht als einem Vorkämpfer für den Erhalt des Weltfriedens aus, erst recht nicht, wenn die Drohung mit dem Erstschlag dazu dient, von der mehr als zweifelhaften Palästinapolitik der jetzigen israelischen Regierung abzulenken. Mit seiner Forderung am Ende seines Gedichts, dass beide, Israel und der Iran „eine unbehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz“ zulassen sollen, will Grass ein Nachgeben von beiden, Israel und dem Iran.

Man kann dieses Gedicht ablehnen, aber bitte nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus an die Adresse Grass. Die Kritik an Grass lässt mich zweifeln, ob manche seiner Kritiker überhaupt das Gedicht gelesen haben. So empfiehlt der israelische Innenminister Grass, in Zukunft in den Iran zu reisen, dort sei er im Gegensatz zu Israel willkommen. In der zweiten Strophe seines Gedichts nennt Grass den iranischen Präsidenten einen „Maulhelden“ und bezeichnet das iranische Volk als unterjocht und „zum organisierten Jubel“ gelenkt. Mit solche Aussagen wollte sich Grass sicher nicht für einen Besuch im Iran empfehlen.

Auch wenn wir Deutschen mit „dem nie zu tilgenden Makel“ der Naziverbrechen behaftet sind, ist es eine Ungeheuerlichkeit, dem Schriftsteller Grass seine Vergangenheit als eingezogener, siebzehnjähriger Soldat bei der Waffen-SS vorzuwerfen. Nachdem Grass wie die allermeisten Deutschen seiner Generation im Nazideutschland geprägt worden ist, hat er

sich nach dem Krieg zu einem links-liberalen Demokraten gewandelt und mit seinen literarischen Werken viel für das Ansehen Deutschlands geleistet.

Dietram Hoffmann

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Stammtisch

Donnerstag, 10.05.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr
Ort: Im Gasthaus "Grüner Baum" in Stetten

Kreisvorstandssitzung

Montag, 21.05.2012,
19:30 Uhr - 22:00 Uhr

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 14.05.2012
19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher

OV Friedrichshafen:

- SPD-Stammtisch

Donnerstag, 26.04.2012, 19:30 Uhr.
Ort: Zeppelin Dorfkrug Friedrichshafen

- Alles egal? Wir können auch anders!

Freitag, 27.04.2012, 19:00 Uhr - 22:00 Uhr.
Ort: Jugendzentrum MOLKE, 88045 FN, Meistershofener Str. 11 (Am Kreisel beim Bodensee-Center)

Wie können die Interessen der Jugendlichen in unserer Gesellschaft vertreten und umgesetzt werden?

Jugendrat und **SPD-OV FN** laden ein zur Diskussion mit anschließender Electro-Party mit Imbiss und Getränken.

-Autorenlesung mit Harald Christ:

"Deutschlands ungenutzte Ressourcen"

Freitag, 27.04.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr.
Ort: Buchhandlung Gessler in FN, Friedrichstr. 1

Veranstalter ist die Juso-Hochschulgruppe in Kooperation mit der ZU-Finanzgruppe.

Harald Christ ist Unternehmer und Investor, war ein Mitglied des Schattenkabinetts von Frank-Walter Steinmeier für den Bereich Wirtschaft für die Bundestagswahl 2009 und ist seit seinem ersten ZU-Besuch ein Freund unserer Universität. Für einen Praktiker der Wirtschaft ungewöhnlich hat er ein Buch zu bildungspolitischen Fragen geschrieben, in

dem er mehr Zuwanderung und mehr Investitionen in Bildung fordert. Auf Einladung der Juso-Hochschulgruppe und der ZUFIn liest Harald Christ aus "Deutschlands ungenutzte Ressourcen - Aufstieg, Bildung und Chancen für alle" und freut sich im Anschluss zu einer Diskussion mit den Gästen.

Maikundgebung

Dienstag, 01.05.2012, 10:00 Uhr.
Ort: Uferanlagen Friedrichshafen

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 3. oder 10.5.12

(geplant), 20 Uhr

näheres folgt

Tagesordnung

1. Bericht aus dem Gemeinderat
 2. Aktuelles aus Land und Bund
 3. Verschiedenes
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Meersburg:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 26.04.2012, 20:00 Uhr
Ort: Guttschänke des Staatsweingutes, Meersburg, Seminarstr. 4

Stammtisch

10.05.2012
20:00 Uhr
Im Truben Steigstraße

OV Tettang:

26.04.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Stammtisch

10.05.2012, 19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Stammtisch

OV Überlingen:

08. Mai 2012

Parteiöffentliche Vorstands- und Fraktionssitzung

Themen:

Konstituierung des neuen Vorstands, Planung bis zum Jahresende

Zeit: 20:00

Ort: Pizzeria Capri am Landungsplatz

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokraten am See nehmen Abschied von „Robin Hood“

In einer Woche musste die sozialdemokratische (und gewerkschaftliche) Familie am Bodensee gleich zweimal Abschied nehmen von vorbildlichen Menschen in ihren Reihen. Bewegende Trauerfeiern in der Herz-Jesu-Kirche in Bregenz und in der Friedhofskapelle in Friedrichshafen führten eindrucksvoll vor Augen, dass das Leben ein Stück ärmer geworden ist. In der vollbesetzten Herz-Jesu-Kirche in der Metropole Vorarlbergs unter dem Pfänder adelte die Landtagspräsidentin Dr. Bernadette Menzel (ÖVP) den verstorbenen **Karl Falschlunger** in ihrer Ansprache mit dem Ehrentitel „Robin Hood“, der sein ganzes Leben lang mit seinem Wirken in der Familie, in Vereinen und Verbänden, auch als Oberkapitän der Vorarlberger Bodenseeschiffahrt denen eine Stimme gegeben hat, die in unserer Gesellschaft keine haben: den Gastarbeitern und Migrantenfamilien, den Armen und einfachen Angestellten, den Alleinerziehenden, Behinderten, und in seinen letzten Jahren auch den Tieren als Präsident der Vorarlberger Tierfreunde.



Bewegend war der kurze Film vor der eigentlichen Trauermesse, in dem Karl Falschlunger quasi sein Vermächtnis an uns Nachlebende hinterließ. Zu den Stichworten Macht, Kontrolle, Solidarität, Zivilcourage, soziale Gerechtigkeit, Minderheiten gab er vor etlichen Jahren mal in einem Fernsehinterview mit dem ORF Vorarlberg seine Einstellung in eindringlichen Worten bekannt. Besonders nahe gegangen sind der Trauergemeinde auch die Fürbitten seiner Enkel und der Nichten und Neffen aus der Familie von Karl Falschlunger. ÖGB-Chef Loacker hob in seinem Nachruf in der Kirche hervor, dass Karl Falschlunger als Chef des Vorarlberger Gewerkschafts-Bundes schon in den 80er Jahren die Notwendigkeit eines Mindestlohnes für die Beschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe gesehen und wortgewaltig dafür eingetreten sei. Unter den Augen der Ehrengarde der Bregenser Stadtpolizei schilderte am Sarg von **Karl Falschlunger** der SPÖ-Landesvorsitzende Michael Ritsch seine ersten Begegnungen mit dem Verstorbenen. seinem Mentor und väterlichen Freund, ohne den er im komplizierten Politik-Beritt nie hätte Tritt fassen können.

Andere Nachrufe wurden von den Sprechern der Schifffahrtskapitäne und von Georg Böhler, dem Bregenser Obmann des Tierschutzvereins Bregenz, vorgetragen. Böhler würdigte Falschlungers Einsatz für den auch im Ausland viel bewunderten Neubau des Vorarlberger Tierheims in Dornbirn www.tierheim.vol.at und seine Fürsorge für seinen Hund Flori, mit dem er viele Wandertouren unternommen hatte. Seine Frau Paula, seine Tochter Dr. Gabriele Sprickler-Falschlunger, heute SPÖ-Landtagsabgeordnete und Allgemeinmedizinerin in Dornbirn, nahmen in Würde und Dankbarkeit die vielen Bekundungen der Anteilnahme aus

der Trauergemeinde entgegen, von der Bodensee-Internationale: Fredi Alder, Olga Pircher, Andreas Fuchs, Herta Geiger und Willi Bernhard.

Karl Falschlunger war in seinem politischen Wirken Vizepräsident des Vorarlberger Landtages, Landesparteiobmann der SPÖ in Vorarlberg, Chef des SPÖ-Landtagsclubs bis zu seinem Rücktritt zugunsten von einer Parteifreundin, Angelika Fussenegger, und hatte in der Vorarlberger Arbeitskammer und bei den Gewerkschaften, beim ÖGB und bei der Bahngewerkschaft hohe Funktionen inne. Ihm ist später die Ehrenpräsidentschaft der SPÖ Vorarlberg und der Sozialistischen Bodensee-Internationale verliehen worden. Seine vielen Anekdoten und humoristischen Einlagen bei den allfälligen Sitzungen im SBI-Vorstand werden immer in Erinnerung bleiben.

Zwei Tage später war die Friedhofskapelle in der Zeppelinstadt ebenfalls vollbesetzt, um von **Karl-Heinz Ziegler**, ebenfalls ein Bahngewerkschafter und Sozialdemokrat, Abschied zu nehmen.



Hier war es die evangelische Klinikpfarrerin Susanne Vetter, die im Hospiz den Verstorbenen in seinen letzten Tagen und Stunden begleitete und ihn in ihrer Ansprache ebenfalls als „Robin Hood“ würdigte, der den Reichen nichts geraubt habe, aber den Armen und Kranken viel von seiner Tatkraft und Zeit gewidmet hat in den vergangenen Jahrzehnten. Bürgermeister Hausswald und die Mutter Courage in der Häfler SPD, Rotraut Binder, präsentierten in ihren Nachrufen gerne das Bild

von **Karl-Heinz Ziegler**, wie er mit seinem Fahrrad im „Städtle“ viel unterwegs war, mit einem schicken Hut und besonders mit seinem Handy und einem Headset mit dem Knopf im Ohr, stets im Dienste der Altenheimbewohner und Schwerkranken in Friedrichshafen. Auch der Chef des Kreissenioresrates, Harald Leber, erinnerte sich mit Wehmut an das vielfältige Engagement im Heimbeirat und in anderen caritativen Einrichtungen, wo er es sich nicht nehmen ließ, sich für andere Menschen einzusetzen, ihnen Fürsorge und Zuwendung zukommen zu lassen und sich für bessere und gerechtere Verhältnisse zu engagieren.

Beim SPD-Ortsverein vermisst man schmerzlich sein unermüdliches Wirken an Infoständen auf dem Buchhorner Platz unweit der Seepromenade und seine Aktivitäten beim Plakatieren für die SPD in Wahlkämpfen und: seine vielen tausend Foto-Aufnahmen mit seiner Kamera von Veranstaltungen der SPD und Festen im Kreis der Altenheimbewohner (vor Allem im Seniorenzentrum St. Franziskus). Wie Falschlunger ist **Karl-Heinz Ziegler** geehrt worden: mit dem Ehrenbrief der Stadt Friedrichshafen und mit der höchsten Anerkennung bei den deutschen Sozialdemokraten, der **Willy-Brandt-Medaille**. Bei **Karl Falschlunger** ist es die **Viktor-Adler-Plakette**, benannt nach dem Gründer der Sozialdemokratischen Partei in Österreich sowie das Große Silberne Ehrenzeichen für das Verdienst um die Republik Österreich. An der Trauerfeier für Karl-Heinz Ziegler haben neben den SPD'ern aus der Zeppelinstadt auch etliche Gewerkschafter (Bahngewerkschaft, IG Metall,) teilgenommen. Die Klinikpfarrerin gab ein Vermächtnis an die Trauergemeinde mit, das er in seinen letzten Stunden am Sterbebett noch zum Ausdruck gebracht hat: Ihn bedrückt es sehr, dass in unserer Gesellschaft heute das Gefühl für eine aktive, mitfühlende Solidarität immer mehr verloren zu gehen scheint.

W.Bernhard

zu der Konferenz der Bodensee-Internationale der Sozialdemokratischen Parteien mit der Bürgerplattform „Bodensee-S-Bahn“ und den Pro-Bahn-Initiativen rings um den See

am 2.April 2012 in Friedrichshafen, im Seehotel beim Stadtbahnhof:

„Am nördlichen Seeufer herrscht ein Dieselloch bei der Bahn“

Konferenz der See-Sozialdemokraten mit den Pro-Bahn-Initiativen „für eine Bodensee-S-Bahn“

FRIEDRICHSHAFEN. Die Spritpreise nähern sich bald der 2-Euro-Marke, und im Straßenbau kommt man am nördlichen Seeufer nicht so voran wie erhofft. Umso stärker wächst der Druck auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, besonders auf den Bahnstrecken. Arbeitspendler, Touristen und die Unternehmen drängen auf Verbesserungen im grenzüberschreitenden Verkehr im Schienennetz am Bodensee. Unter diesen Vorzeichen tagte die Bodensee-Internationale der Sozialdemokraten jetzt im Häfler „Seehotel“ in einer gemeinsamen Konferenz mit den überparteilichen Pro-Bahn-Initiativen rings um den See. Im Mittelpunkt stand dabei die Vision einer künftigen Bodensee-S-Bahn mit einem Halbstunden-Takt und einem gemeinsamen Verkehrs- und Tarifverbund nach dem Vorbild von Grenzregionen am Rhein.

Stefan Stern, der Sprecher der Pro-Bahn-Aktiven, wies auf den erfreulichen Ausbaustandard in Vorarlberg, am südlichen Seeufer in der Ostschweiz und im Landkreis Konstanz hin, wo zwei Triebwagen-Bahnen (Seehas) schon im Drei-Minuten-Abstand in beide Richtungen fahren. Sein Schweizer Kollege, der Verkehrsplanner **Paul Stopper**, berichtete von den Maßnahmen im Kanton St.Gallen. Hier habe man 50 Millionen Franken in die Hand genommen, mit 80 Prozent Zustimmung der Stimmbürger/innen, um bis zum nächsten Jahr einen S-Bahn-Verkehr im Halbstunden-Takt zwischen der Landesgrenze bei St.Margrethen und der Züricher Metropole aufs Gleis zu bringen. „Man muss es so machen wie die Japaner: Wenn das Angebot stimmt, dann nutzt man es auch und ist bei den Leuten, man ist also ‘in’.“

„Ein besserer Nahverkehr braucht auch bessere Schienenwege“, sagte der Singener SPD-Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz**, Vizepräsident der sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI). Doch die Planung und erst recht der Ausbau der Infrastruktur weise noch große Lücken auf. Die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen rückt näher,

doch droht die Bodenseegürtelbahn zwischen Radolfzell und Lindau noch auf Jahre hinaus ein „Dieselloch mit Holpertakt“ zu bleiben, fürchtet der Abgeordnete. Am westlichen Seeufer gebe es immerhin Planungs- und Finanzierungsvereinbarungen, damit ab 2016 elektrische Triebwagen von Singen in Richtung Basel fahren können.

Das Engagement der grün-roten Landesregierung habe verhindert, so Storz, dass der Ausbau der Südbahn von Bahn AG und Bundesregierung auf die lange Bank geschoben werde. Sie sei als „vordringliche Baumaßnahme“ eingestuft und werde von den kommunalen Anliegern an der Strecke und zur Hälfte vom Land Baden-Württemberg mitfinanziert. Für zwei der fünf Bauabschnitte habe das zuständige Regierungspräsidium Tübingen bereits das Genehmigungsverfahren für die konkreten Baupläne eingeleitet. „Das Ende der Dieselloks ist im Jahr 2018 zu erwarten“, ist der SPD-Politiker zuversichtlich.

Wie schnell es am Bodensee weitergehen kann, ist noch offen. Daher begrüßt die Bodensee - Internationale der Sozialdemokraten die Gründung der Interessengemeinschaft Bodenseegürtelbahn, in der die Landkreise und Bahnhofsgemeinden entlang der Strecke die Planungen vorantreiben wollen. Das Land müsse diese Bemühungen wie bei der Südbahn durch eigene Zuschüsse unterstützen, fordern die Sozialdemokraten. Notwendig sei ein Ausbaustandard wie im Nachbarlandkreis Konstanz, wo der Mini-Takt des „Seehas“ jeden Tag viele zusätzliche Fahrgäste und Pendler in die modernen Triebwagen lockt. Die Vorarlberger SPÖ-Landtagsabgeordnete **Mirjam Jäger-Fischer** (Götzis) bedauerte das mangelnde Interesse bei der Deutschen Bahn AG an besseren, grenzüberschreitenden Bahnverbindungen im Nah- und Fernverkehr, was die Bereitschaft bei den anderen Bahngesellschaften wie der ÖBB an diesbezüglichen Investitionen auch nicht gerade fördere.

„Als Zuwanderer-Region brauchen wir die Bahn immer mehr“, fasste die SBI-Präsidentin **Olga Pircher** (SPÖ) die intensive Debatte zusammen. Die Internationale Bodenseekonferenz der Länder-Regierungschefs und der Regierungspräsidenten in den Ostschweizer Kantonen unterstützt im neuen Bodensee-Leitbild nachdrücklich die Umsetzung der Bodensee-S-Bahn unter dem Projektnamen „Bodan-Rail 2020“.

Anmerkung:

Wenn man den Bahnverkehr bei den beiden Strecken am nördlichen Seeufer von Lindau bis Radolfzell und in der Schweiz von Rorschach bis Schaffhausen vergleicht, wohnen mit 142 000 Einwohnern entlang der Bodenseegürtelbahn mehr potentielle Bahnkunden als bei der Strecke am Südufer, wo nur 106 000 Menschen leben. Trotzdem stehen den Schweizer Nachbarn an den Werktagen 37 Züge mit 34 Haltepunkten im Elektrobetrieb zur Verfügung. Am hiesigen Seeufer fahren lediglich 27 Züge an 23 Haltepunkten mit einer Diesellok vorbei, und die Fahrzeit ist noch 15 Minuten länger als bei der Bahnstrecke in der nahen Schweiz, bei etwa gleich viel Kilometern .

W. Bernhard

Sozialdemokraten und Bürger-Plattform gemeinsam für künftige "Bodensee-S-Bahn"

SBI startet Initiative

Der jüngste Vorstoss von SP-Ständerat Paul Rechsteiner zum "Bodensee-Rheintal-Ypsilon" hat auch die Sozialdemokraten an den anderen Seeufern mobilisiert. Gemeinsam konferierte die Bodensee-Internationale mit den Aktiven in der Bürgerplattform "pro Bodensee-S-Bahn" und den Pro-Bahn-Komittees rings um den See in Friedrichshafen. Der Verkehrsplaner Paul Stopper vom Verkehrsclub Schweiz klärte besonders die deutschen Zuhörer über das 50-Millionen-Franken-Volumen zur Realisierung des S-Bahn-Verkehrs zwischen der Landesgrenze bei St.Margrethen und der Züricher Metropole bis zum nächsten Jahr, mit einer überwiegenden Zustimmung der StimmbürgerInnen beim kantonalen Volksentscheid.

"Die Japaner machen es vor: wenn das Angebot beim öffentlichen Verkehr stimmt, dann nutzen die Leute das auch", reklamierte Stopper. Er und der Rorschacher altNationalrat Fredi Alder beschworen gemeinsam die Vision eines gemeinsamen Verkehrs- und Tarifverbundes mit dem Halbstunden-Takt in der Euregio Bodensee. Die Vorarlberger SPÖ-Landtagsabgeordnete Mirjam Jäger-Fischer (Götzis) hielt in Friedrichshafen der Deutschen Bahn AG vor, an Verbesserungen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr (im Raum Lindau/Bregenz) nicht

sonderlich interessiert zu sein. "Kein Wunder, dass wir noch viel Geduld haben müssen, bis das Diesel-Loch und der Holpertakt auf der Bodenseegürtelbahn von Lindau bis Radolfzell irgendwann einmal Geschichte sind", nahm sich die Politikerin die deutsche Seite zur Brust. Ihr SPD-Kollege, der Singener SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz, parierte diese Attacke mit dem Hinweis, dass die Elektrifizierung der Südbahn von Ulm bis zum Bodensee und der Hochrheinbahn bis Basel bis 2018 vollzogen sei, wobei die grün-rote Landesregierung in Stuttgart die Hälfte der Kosten übernehmen wolle.

"Wir können von unseren Nachbarn in der Schweiz viel lernen", beteuerte Storz, "wenn wir den St.Gotthard-Durchstich und das NEAT-Dossier im Blick haben." Im direkten Vergleich der beiden Bahnstrecken von Rorschach bis Schaffhausen und von Lindau bis Radolfzell habe das nördliche Seeufer in vielen Punkten das Nachsehen, von der Anzahl der Züge an Werktagen und der Bahnhaltepunkten bis hin zur 15 Minuten länger dauernden Fahrt für die Reisenden. Lediglich beim Billet ist die Bahnlinie am südlichen Seeufer um vier Franken teurer als bei der deutschen Bahnlinie. Die Konferenz reagierte einmütig auf die FABI/STEP-Vorlage im Bundesrat: "Die Ostschweiz und somit auch die Nachbarn in Vorarlberg und in Süddeutschland dürfen von der SBB-Lok nicht abgehängt werden!"

SPÖ-Express, 13.04.2012



SP und Grüne bilden gemeinsame Fraktion

Die Wahlgewinnerinnen SP und Grüne bilden für die Amtsdauer 2012-2016 im St.Galler Kantonsrat eine gemeinsame Fraktion. SP und Grüne haben bei den Kantonsratswahlen zusammen fünf Sitze gewonnen. Trotzdem wäre der Kommissionsitz der Grünen verloren gegangen. Dies weil sich GLP und EVP neu organisieren und keine Fraktion mehr mit den Grünen bilden. Das gestärkte links-grüne Lager hat sich nun entschlossen, für die kommende Amtsdauer eine gemeinsame Fraktion zu

bilden. Die Fraktion SP-Grüne wird damit die drittstärkste Fraktion im Kantonsrat und kann so den bisherigen Grünen Kommissionssitz retten.

SP und Grüne sind überzeugt, die sozialen und ökologischen Anliegen im Kantonsrat noch besser und kraftvoller vertreten zu können. In vielen Themen stimmen die Haltungen von SP und Grünen überein. Trotzdem werden die Partner auch in Zukunft ihre eigenständigen Positionen und Politik vertreten.

St.Gallen, 12. April 2012 Weitere Auskünfte:
o Claudia Parteipräsidentin SP Kanton St.Gallen
o Meinrad Gschwend, Vertreter Grüne-Fraktion
über: Dario Sulzer

Offener Brief an die St.Galler Regierung:

200 Millionen sparen in 10 Tagen:

Das ist unseriös!

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

im Auftrag der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat muss die Regierung ein weiteres Sparpaket im Umfang von etwa 200 Mio. Franken schnüren. Die Einschnitte beim Kanton werden tief sein. Es ist daher klar, dass ein Geschäft dieser Tragweite einer ausführlichen und seriösen Prüfung durch den Kantonsrat bedarf.

Vor den Kantonsratswahlen wollte die Regierung nicht über das Sparpaket diskutieren und auch jetzt wird die Sparkatze erst nach dem 2. Regierungsratswahltag aus dem Sack gelassen. Die SP hat sich immer dafür ausgesprochen, dass das Sparpaket vor den Wahlen der Öffentlichkeit präsentiert wird, damit die StimmbürgerInnen wissen, wo die Kandidierenden und Parteien stehen.

Der späte Zeitpunkt der Veröffentlichung hat eine weitere nicht hinnehmbare Konsequenz: Weniger als drei Wochen nach der Veröffentlichung soll die Finanzkommission das Geschäft beraten. Danach haben die Fraktion noch 10 Tage (!) Zeit für ihre Beratungen, bevor am 4./5. Juni bereits der neu zusammengesetzte Kantonsrat tagt. **Der Fahrplan für die Beratung des Sparpakets II ist unseriös und unverantwortlich!**

Die Vorbereitungszeit für die Finanzkommission und für die Fraktionen ist viel zu kurz bemessen. Die SP-Fraktion fordert die Regierung

auf, den Zeitplan zu überdenken und den letztlich verantwortlichen St.Galler VolksvertreterInnen angemessen Zeit für die Vorbereitung des umfangreichen Sparpakets zu gewähren. Die Beratung muss entweder an einer Sondersession oder anlässlich der Septembersession erfolgen.

Freundliche Grüsse

St.Gallen, 11. April 2012 SP-Kantonsratsfraktion
Dario Sulzer, Fraktionssekretär

SP Kanton Thurgau:

Grossratswahlen 2012 im Thurgau Erfolg für die SP!

Bei der Gemeindevahl im Herbst 2011 war er schon erfolgreicher „Stimmenkönig“ für die Sozialdemokraten in Arbon. Jetzt hat **Peter Gubser**, früher Präsident der SP im Kanton Thurgau, seinen Erfolg wiederholt. Als einziger Kandidat von allen angetretenen Parteien für die Wahlen zum Kantonsparlament im Kanton Thurgau konnte er die Tausend-Stimmen-Marke überwinden und holte 1 168 Stimmen.

Auch **Heinz Herzog**, Gewerkschafter, erreichte mit 933 Stimmen ein sehr gutes Ergebnis. Auch Inge Abegglen ist mit 781 Wählerstimmen noch gut dabei. Da können die Leute vom grössten politischen Gegner, der rechten SVP, nicht mithalten. Wen es genauer interessiert, kann auf der Homepage der Stadt Arbon das Wahlprotokoll nachlesen. Die heutige Präsidentin der Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Thurgau, **Barbara Kern**, ist mit 1291 Stimmen im Wahlbezirk Kreuzlingen wieder in den Grossen Rat gewählt worden. Auch Edith Wohlfender schaffte hier mit 1 118 Stimmen die tausend-Stimmen-Marke, die die Kandidat/innen der anderen Parteien weit verfehlten. Nur knapp verpasste **Dino-Gerardo Lioi**, der Gewerkschafter und Vorstandsmitglied in der SBI, den Einzug ins Kantonsparlament. **Sonja Wiesmann**, Preisträgerin „Prix Wasserfrau“ der SBI, ist dagegen in den Kantonsrat gewählt worden in ihrem Wahlbezirk.

Bedenklich niedrig war mit 30,8 Prozent die Wahlbeteiligung! Hier nun das Gesamtergebnis im Thurgau:

SVP (41 Sitze, minus 10),
FDP (18 Sitze wie bisher),

CVP (21 Sitze minus 1),
SP (19 Sitze, plus 2),
Grüne (9 Sitze, minus 2),
BDP (5 Sitze, neu),
Grün-Liberale (6 Sitze, plus 4),
EVP (5 Sitze, minus 1),
EDU (6 Sitze, plus 3).

Das Kantonsparlament hat 130 Mitglieder. Es ist staatsrechtlich mit einem Landtag in Deutschland oder Österreich vergleichbar.

W.Bernhard

Medienmitteilung der SP Arbon:

Der erst 19-jährige Arboner Felix Heller wurde am vergangenen Wochenende überraschend in den Thurgauer Grossen Rat gewählt. Vorerst war es nicht klar, ob sich dieses Mandat mit seiner Ausbildung zum Seklehrer kombinieren liesse. Dank dem Entgegenkommen der PH St. Gallen kann er nun aber das Amt annehmen. Heller ist damit das jüngste Mitglied in der Geschichte des Thurgauer Kantonsparlaments. Im Sinne seines Wahlspruchs „Der Jugend eine Stimme geben.“ will sich das aktive Juso-Mitglied gegen überirrassen Strassenbau und für gute Bildung einsetzen.

19.04.2012 Für die SP Arbon:

Peter Gubser

Lieber Peter,

herzliche Glückwünsche der SP Kanton Thurgau zu einem solchen Talent.

Lieber Felix,

Herzliche Glückwünsche zu deiner Wahl und alles Gute für deine Zukunft in der Politik und beim Studium

Für den Roten Seehas:

Karl-Heinz König



SPÖ gegen „Fracking“

fast alle Parteien ziehen mit

Breite Unterstützung bei ÖVP und Grünen findet das Aufbegehren der SPÖ gegen das so genannte „Fracking“ im süddeutschen Raum, welches massive gesundheitliche Risiken birgt.

Durch die steigenden Energiepreise werden unkonventionelle Methoden zur Gewinnung von fossilen Brennstoffen zunehmend rentabler. Dazu gehört auch die Förderung von so genanntem Schiefergas.

Mit der umstrittenen Methode des „Fracking“ werden diese Gase gewonnen. Dabei wird die Förderung von Bodenschätzen, wie etwa Schiefergas, mittels einer mehrere hundert bzw. tausend Meter in den Boden gepressten Flüssigkeitsmischung bezeichnet. Die Flüssigkeit erweitert die Mikrorisse des Gesteins, um vorhandenes Gas freizusetzen. Damit die Risse sich nicht durch den Gebirgsdruck wieder schließen, wird das in den Boden gepresste Wasser mit einer chemikalischen Stützmittel-flüssigkeit („Fractfluid“) angereichert. Dadurch kann es zu einer Verseuchung des Grundwassers kommen.

„Dass eine mögliche gesundheitliche Gefährdung gegeben ist, belegen diverse Expertisen, die zum Thema „Fracking“ im süddeutschen Raum gemacht wurden. Und obwohl es naturgemäß auch kontroverse Stellungnahmen gibt, darf dieses Risiko nicht leichtfertig in Kauf genommen werden“, findet SPÖ-Clubobmann **Michael Ritsch**.

Das völlig schräge Verhalten der FPÖ, die das Ansinnen trotzdem nicht unterstützen will und zu den bestehenden unzähligen Expertisen noch weitere Expertenmeinungen einholen möchte, kann deshalb sonst niemand nachvollziehen. Dies würde das Ganze unnötig in die Länge ziehen, findet Michael Ritsch.

SPÖ-Express, 30.03.2012

Das Bankgeheimnis gehört abgeschafft

Nur Steuerbetrüger ziehen Nutzen aus Geheimhaltung

Für die Abschaffung des Bankgeheimnisses plädiert **Reinhold Einwallner**, Geschäftsführer der SPÖ Vorarlberg. „Das Bankgeheimnis ist ein Schutzschirm für Steuerbetrüger und Großspekulanten. Den kleinen Ersparnissen nützt es überhaupt nichts. Darum gehört es abgeschafft“, so Einwallner. Und er setzt fort: „Steuerbetrug ist ein Betrug an der Gesellschaft. Wir müssen daher Transparenz schaff-

en, um dieses Verbrechen mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgen zu können.“

Österreich ist Waschmaschine für internationales Schwarzgeld

Österreich und Luxemburg sind die einzigen EU-Länder, in denen das Bankgeheimnis noch existiert. „Österreich ist somit ein attraktiver Ort für internationales Schwarzgeld. Nicht umsonst sind die Banken im Kleinwalsertal ein beliebter 'Rückzugsort' für deutsche Millionäre. Wir erledigen die Arbeit für die internationale Finanz-Mafia. Das ist den anderen Ländern gegenüber unsolidarisch und muss ein Ende haben“, fordert der Sozialdemokrat. Er weist darauf hin, dass diese Vorgehensweise auf den österreichischen Steuerzahler zurückfallen könnte; etwa dann, wenn sie durch zu wenig Steuereinnahmen auf EU-Rettungspakete angewiesen sind, für die auch Österreich zahlen muss.

Transparenz bedeutet Gerechtigkeit

Erst wirkliche Transparenz bei den Banken ist die Grundlage für mehr Gerechtigkeit in diesem Bereich. „Ein Anleger, der nur ein Sparbuch besitzt, hat vom der Intransparenz keinen Nutzen. Er hat nicht die Mittel, sein Geld schnell über Zypern nach Liechtenstein zu verschieben, wenn er dadurch steuerliche Vorteile hat. Das können nur international agierende Besitzer von Großkapital. Die Abschaffung des Bankgeheimnisses und mehr Transparenz im internationalen Maßstab bedeuten ein Ende eines großen Vorteils für diese Leute. Es ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit“, stellt **Einwallner** fest.

SPÖ-Express, 30.03.2012

SPD Bodenseekreis
SPD Kreis Konstanz
SPD Kreis Lindau

*„Wie geht's weiter
mit der
Bodenseegürtel-
bahn“*

Liebe Kreisvorstandsmitglieder, liebe Ortsvereine,

im Jahr 2016, im März, finden die nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg statt, in Bayern ja schon im September 2013. 2016

endet die Frist für die Einreichung von Investitionsanträgen für den Nahverkehr (ÖPNV+SPNV) bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg in Stuttgart, Wilhelmsplatz 11 (neben der SPD-Landesgeschäftsstelle).

Der Hauptgeschäftsführer der Nahverkehrsgesellschaft, Herr Klingel, ist bereit, bei einer gemeinsamen Konferenz der 2 bzw. 3 Kreisvorstände der SPD am Bodensee das Verfahren für die Einreichung der Investitionspläne durch die zuständigen Verkehrsverbände wie VHB oder Bodo zu erläutern. Im Sommer 2012 liegt das Gutachten zur Kosten-Nutzen-Analyse zum Ausbau der Bodenseegürtelbahn vor, im Herbst wird noch eine ergänzende Machbarkeitsstudie zum SPNV am See fertig sein.

Als Termin für die gemeinsame Konferenz steht bis jetzt der Freitag, 30. November 2012, 19 bis 22 Uhr, fest! Der SPD-Kreisverband Konstanz und MdL Hans-Peter Storz, Singen, haben diesen Termin blockiert, für diese Bahnkonferenz. Mit eingeladen werden die beiden roten Oberbürgermeister am Anfang und am Ende der Bodenseegürtelbahn, in Lindau und in Radolfzell, außerdem die SPNV-Expert/innen in den SPD-Kreistagsfraktionen KN, FN, Li. Noch offen ist, ob wir die Medien dazu einladen oder hinterher eine Medienmitteilung herausgeben. Sinnvoll wäre es zur Vorbereitung, wenn jeder SPD-Ortsverein an der Bahnstrecke die aktuellen Investitionsvorstellungen am eigenen Bahnhof und an der Bahnstrecke erheben könnte. Oder schreibt jemand alle Bürgermeister an der Strecke in diesem Sinne an, wie es von Seiten des SPD-Kreisvorstandes Bodenseekreis schon im Jahr 1995 realisiert worden ist?

Als Ort und Lokal ist bis jetzt der Gasthof „Adler“ am Bahnhof in RADOLFZELL vereinbart worden!

Er gehört einem Genossen, und wir können für die Anreise gut das Angebot der Bahn nutzen und kommen mit der Bahn auch gut wieder heim. Bei einer weiteren Folgekonferenz 2014/15 sind dann Überlingen, Friedrichshafen oder Lindau gesetzt. Wenn der Ausbau der Bodenseegürtelbahn keine Seifenblase werden soll, müssen wir dran bleiben an dem Thema.

PS: Am 25. April 2012 veranstaltet die überparteiliche EUROPAUNION Bodenseekreis

im Schloss Montfort in Langenargen ihre Mitgliederversammlung. Höhepunkt ist ein Vortrag des SPD-nahen Ex-Generalinspektors der Bundeswehr, General Schneiderhan (aus dem Kreis Sigmaringen). Sein Thema: Statt nationaler Armeen mehr Synergie-Effekte durch gemeinsame europäische Streitkräfte?

Beginn: 19.30 Uhr.

Am gleichen Tag feiern wir auch einen Geburtstag: Gegen große Widerstände in den badischen Regionen ist das gemeinsame Bundesland Baden-Württemberg proklamiert worden.

Mittwoch, 25. April, 19.30 Uhr

Schloss Montfort in Langenargen.

Weitere Infos und die offizielle Einladung zu der Bahnkonferenz der SPD-Kreisvorstände am 30.11. folgen noch.

Mit solidarischen Grüßen

Willi Bernhard
SPD Bodenseekreis/SBI

SPD Kreis BC
MdB Martin Gerster

Martin Gerster kritisiert Kürzung der Solarförderung:

„Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland“

BERLIN/BIBERACH, 22. April 2012 – „Wieder einmal hat Schwarz-Gelb den Solarmarkt massiv verunsichert und damit eine beispiellose Torschlusspanik angeheizt“, kritisiert der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** die heute im Bundestag gefällene Entscheidung zur Kürzung der Solarstromförderung: „Die Bundesregierung setzt damit den Produktionsstandort Deutschland und mit ihm 130.000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Auch im Wahlkreis Biberach, wo Photovoltaikanlagen in den vergangenen Jahren einen regelrechten Boom erlebt haben“.

Von Kontinuität und Verlässlichkeit in der Solarbranche sei die Bundesregierung ebenso weit entfernt wie von einem effektiven Umbau des Strommarktes hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien. „Das heute verabschiedete Gesetz ist letztlich nicht mehr als ein Glaubens-

krieg gegen eine unliebsame Technologie“, so der 40-jährige Sozialdemokrat.

Die SPD-Bundestagsfraktion habe einen Antrag vorgelegt, der wieder Ruhe in den Markt bringen soll. In gleichmäßigen Schritten von drei Monaten soll die Solarvergütung zukünftig sinken. Dies schaffe auch für die zahlreichen in Oberschwaben ansässigen Hersteller, Investoren und Handwerker Planungssicherheit. Der Anteil der Photovoltaik an der deutschen Stromerzeugung soll sich so bis 2020 mehr als verdoppeln. Gerster betont: „Dieses Ziel ist nach der aktuellen Potentialstudien des Landkreises durchaus realistisch“.

Ziel müsse es vor allem sein, fairere Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Solarindustrie zu schaffen. Das insbesondere von chinesischen Modulherstellern getriebene Preisdumping, gestützt von einer aktiven Subventionspolitik der chinesischen Regierung, sei zu unterbinden. „Hierzu werden wir ein Anti-Dumping-Verfahren bei der EU unterstützen“, erläutert Gerster: „Bis zum Abschluss dieses Verfahrens wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Solarbranche durch die Einführung einer „Local Content“-Regelung stärken: Demnach erhalten künftig nur noch die Solaranlagen eine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die einen Anteil von 70 Prozent an Wertschöpfung aus Fertigungsanlagen innerhalb der EU nachweisen können. Gleichzeitig fordern wir die Modulhersteller auf, ihre Exportanstrengungen zu intensivieren und auszubauen.“

Gerster kritisiert, dass sich CDU, CSU und FDP sich mit dem heutigen Beschluss von einem dynamischen Solar-Ausbau verabschiedeten. Ausgerechnet jetzt, wo Solarstrom günstig würde, wollten sie den Zubau bremsen. Mit der drastischen Einmalabsenkung stellten sie viele deutsche Produzenten, die bereits heute mit der Billig-Konkurrenz aus China und immensen Überkapazitäten zu kämpfen haben, vor eine kaum lösbare Herausforderung. Die künftig monatlich vorgesehenen Förderkürzungen seien zudem mit einer großen Unsicherheit für den Markt verbunden. Je nach Zubau könnten die Vergütungsabsenkungen demnach zusammengerechnet zwischen 11,4 und 29 Prozent im Jahr betragen.

Das sogenannte Marktintegrationsmodell sei nicht mehr als eine Kürzung durch die Hintertür. Es würde aber trotz der vernichtenden Kri-

tik aller Sachverständigen in der Anhörung des Umweltausschusses von den Koalitionsfraktionen beibehalten und sogar ausgebaut. Der einzige Fortschritt liege darin, dass die Koalitionsfraktionen – auf massiven Druck von SPD und Solarbranche hin – die Verordnungsermächtigungen aus dem Gesetzentwurf gestrichen hätten. „Die Kernelemente des Erneuerbare-Energien-Gesetzes können also auch zukünftig nicht ohne Zustimmung des Parlamentes verändert werden“, fasst **Gerster** zusammen.

Berlin, 29.03.2012 Alexander Geisler, Büro Berlin,
Martin Gerster, MdB

Georgische Botschafterin besucht Biberach

BIBERACH (age) – Die georgische Botschafterin Gabriela von Habsburg kommt auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** am 24. April nach Biberach, um die seit fast 25 Jahren bestehende Städtepartnerschaft mit dem georgischen Telawi zu würdigen.



BILD: I.E. Gabriela von Habsburg und Martin Gerster MdB

Dort wird sie die Gebhard-Müller-Schule besuchen, um mit den Schülern zu diskutieren. Anschließend steht eine Besichtigung der Hochschule Biberach auf dem Plan, die nach einigen erfolgreichen Projekten in Telawi aktuell auch eine Hausmülldeponie konzipiert und an einer Strategie für die Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltfragen arbeitet. Im Rathaus spricht von Habsburg mit Oberbürgermeister Thomas Fettback und Vertretern der Stadt Biberach über Perspektiven zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaft. Ein Empfang der Stadt im Komödienhaus schließt das Besuchsprogramm ab.

1987 wurde der Partnerschaftsvertrag zwischen Biberach und Telawi geschlossen, seither hat

sich ein enger und freundschaftlicher Austausch zwischen den beiden Städten entwickelt, von dem insbesondere Schulen und Kultureinrichtungen profitieren. Darüber hinaus umfasst die Zusammenarbeit auch umweltpolitische Projekte, die beispielsweise den Ausbau regenerativer Energien zum Ziel haben.

04.04.2012 Alexander Geisler, Büro Berlin,
Martin Gerster, MdB

Besuch von SPD-Vorstands- und –Ratsmitgliedern:

Wachstum:

Handtmann wird es in Biberach zu eng

BIBERACH (zel) – Der Autoteile- und Maschinenbauer Handtmann stößt an seine Grenzen: „Wachstum an unseren hiesigen Standorten ist kaum noch möglich“, hat jetzt Unternehmer Thomas Handtmann beim Besuch von Biberacher Kreis- und Stadträten sowie Kreis- und Ortsvorstandsmitgliedern der SPD in seiner Firma erklärt. Ein eigenes Gaskraftwerk zur Stromerzeugung wird es bei Handtmann entgegen früheren Ankündigungen wohl doch nicht geben.



Delegation der Biberacher SPD bei der Führung durch die Autoteilegießerei der Firma Handtmann

Handtmann ist weiterhin beunruhigt vom absehbaren völligen Wegfall der Atomstromerzeugung in Deutschland: „Diesen Winter hat mit der Stromversorgung alles geklappt, aber wir müssen vorbereitet sein“, erklärte Firmenchef Thomas Handtmann, „Unsere Kunden treffen auch Vorsorge, dass bei einer Stromsperre wegen Energiemangel die Produktion weiterläuft, und wenn bei uns die Produktion stoppt, suchen sie sich andere Lieferanten.“ Handtmann-Kunde Daimler beispielsweise habe „insgeheim“ einige MTU-Motoren zur Notstromerzeugung gekauft, Handtmann wird

es wohl ähnlich machen. „Wir bräuchten dann auf einen Schlag 12 bis 15 Megawatt, die wir mit einem Dieselaggregat erzeugen könnten, und das bei einem Wirkungsgrad von 45 Prozent.“ Eine Gasturbine zur Eigenstromerzeugung, wie vergangenes Jahr angedacht, habe demgegenüber nur 30 Prozent Wirkungsgrad und würde einen vierfachen Gasverbrauch von Handtmann bedeuten, wofür die ewa.riss extra einen neuen Leitungsbau bauen müsste. „Deshalb werden wir das vielleicht nicht machen können“, sagte Handtmann, „wir sind dazu aber in sehr engem Kontakt mit den Stadtwerken.“

Die Frage von SPD-Stadtfraktionschefin Gabi Kübler nach dem Verhältnis zur Biberacher Verwaltung beantwortete Personalleiter Jörg Hochhausen: „Wir haben mit der Stadt eine sehr gute Zusammenarbeit, eine gute Infrastruktur, den Südbahnhof und eine gute Busanbindung.“ Woran es hingegen fehle, seien Wachstumsmöglichkeiten am Standort. „Wir müssen wachsen, um den Preisvorstellungen der Branche entsprechen zu können“, sagte Hochhausen. Kunden der 1874 gegründeten Firma sind, bis auf einen, alle deutschen Autohersteller. Ein weiterer Großauftrag aus der Autoindustrie für bis zu 70 Millionen Euro soll 2012 eine Umsatzsteigerung auf gut 600 Millionen erzeugen bei gleichzeitigen Investitionen dieses Jahr - inklusive Notstromabsicherung - von 60 bis 70 Millionen Euro. „Uns vergrößern können wir hier aber kaum noch, nur noch etwas im Gewerbegebiet Aspach“, ergänzte Thomas Handtmann. „Ein interkommunales Gewerbegebiet Nord würden wir uns schon wünschen.“

Solange es nicht kommt, sind der Umzug von Firmenteilen ins Gebiet Aspach und Umbaumaßnahmen in Biberachs Süden geplant, um alle Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen. Zuvor hatte SPD-Kreistagsfraktionschef Werner Krug die Qualität familiengeführter Unternehmen wie Handtmann im Gegensatz zu börsennotierten AGs gelobt: „Hier herrscht ein ganz anderes Verantwortungsgefühl der Region und den Menschen gegenüber.“

Ebenfalls sehr beeindruckt war die Biberacher SPD-Delegation von einer Führung durch die Autoteileproduktion in der Gießerei. Diese bildet mit allein 1500 Mitarbeitern den größten Unternehmensteil; insgesamt hat Handtmann an vier Orten sechs Geschäftsbereiche mit rund 2200 Beschäftigten. Davon seien 73 Leiharbeiter, erklärte Hochhausen auf eine Frage des

stellvertretenden SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Robert Egle. Die Frage von Kreisvorstandsmitglied Lisa Stahn nach dem Frauenanteil im Unternehmen beantwortete er mit „rund 15 Prozent“. Außerdem gebe es, verteilt auf drei Lehrjahre, gut 100 Auszubildende. „Wir haben dieses Jahr erstmals mehr als 1000 Bewerbungen auf 37 freie Ausbildungsstellen bekommen“, konnte der Personalchef stolz darlegen. Tariflöhne mit Zulagen machen Handtmann attraktiv für Fachkräfte und die, die es werden wollen. „Da sind Erschwerniszulagen dabei, deshalb sind manchen Mitarbeitern unsere Maßnahmen zu Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht unbedingt recht“, wusste Betriebsratsvorsitzender Oliver Thiem zu berichten, „aber vorzusorgen ist besser als im Nachhinein Kranke kurieren zu müssen.“

Biberach, 25.03.2012

Wolfgang Heinzel

Pressearbeit SPD-Ortsverein Biberach

SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

Mehr Ganztageschulen im Kreis

Die Stockacher Realschule kann ab dem kommenden Schuljahr ihre Ganztagesangebote ausbauen, erfuhr der Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz** (SPD) aus dem Kultusministerium.

Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer genehmigte den Antrag der Schule auf Erweiterung ihres offenen Ganztagesbetriebs für sämtliche Klassen von 5 bis 8. „Das ist eine weitere gute Nachricht für den Schulstandort Stockach“, freut sich Storz über die Entscheidung des Ministeriums. „Obwohl Schulen und Eltern dies wünschen, haben wir in Baden-Württemberg noch großen Nachholbedarf bei ganztägigen Unterrichts- und Betreuungsangeboten. Diese Lücke wollen wir schließen“, sagte Storz.

Landesweit werden 84 Anträge auf Einrichtung oder Erweiterung einer Ganztageschule bewilligt. Die meisten Schulen richten das Angebot erstmals ein. Lediglich 11 Schulen haben wie die Realschule in Stockach einen Erweiterungsantrag gestellt. Das Land stellt der Schule pro Ganztagesklasse zwei Lehrerwochenstunden zur Verfügung. Bei der Ausgestaltung ihrer Angebote erhalten die Ganztage-

gesschulen einen großen pädagogischen Freiraum, der insbesondere zur Förderung schwächerer Schüler genutzt werden soll.

Auch zwei Schulen in Radolfzell profitieren von der Entscheidung des Kultusministeriums. Neue Ganztagesbereiche entstehen an der Ratoldus-Schule und an der Grund- Haupt- und Werkrealschule in Böhringen. Wie in Stockach handelt es sich hier um sogenannte offene Ganztageseschulen. Die Teilnahme an den pädagogischen Angeboten ist freiwillig. Im Grundschulbereich erhalten die Schulen sechs zusätzliche Lehrerstunden je Klasse.

19.04.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

über:

<http://www.hans-peter-storz.de/>

SPD Kreis Ravensburg

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben zum Thema unkonventionelle Gasförderung oder auch „Fracking“

In jüngster Zeit ist das Thema „Fracking“ stärker in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Im „Roten Seehas“ Nr. 126 vom 25.2. haben uns die Genossen aus Vorarlberg über die weltweiten Bestrebungen der großen Energiekonzerne informiert, den Energiehunger mit diesen Methoden zu stillen und damit Gewinne zu machen. Auch die Region Bodensee-Oberschwaben ist in den Blick der Konzerne geraten.

Es geht um die Suche und Gewinnung von Erdgas, das im Erdboden in Wasser gelöst oder an Feststoffe gebunden vorliegt. Für eine Nutzung als Energieträger muss dieses Gas durch chemische Verfahren getrennt werden. Im Amtsdeutsch wird hier von „unkonventioneller Gasförderung“ gesprochen. Diese Verfahren sind mit erheblichen Umweltproblemen verbunden. Das Grundwasser kann mit den hochgiftigen Chemikalien verseucht werden, das Erdgas kann sich mit dem Trinkwasser vermischen. Die Vorarlberger Genossen fordern im Einklang mit der SPD-Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg Rosa Grünstein, ein generelles Verbot dieser Methode in ganz Deutschland bzw. Österreich. Im Übrigen hat

sich der Umweltausschuss des Landtages Baden-Württemberg bereits gegen Erdgasbohrungen im Bodensee ausgesprochen.

Mit diesem Thema hat sich auch der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben befasst. In Baden-Württemberg wurden bislang drei großräumige Konzessionen erteilt: in den Gebieten Konstanz, Saulgau-Wangen und Biberach.

Genehmigungsbehörde ist das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LB-GA, www.lgba.uni-freiburg.de). Die Konzessionen beinhalten lediglich ein „Aufsuchungsrecht“. Probebohrungen bedürfen einer zusätzlichen Genehmigung. Dem LGBA liegen bislang keine diesbezüglichen Anträge vor. Für Probebohrungen oder gar eine Konzession für diese Nutzung sind neben der bergrechtlichen Genehmigung weitere Genehmigungen auf der Grundlage des Wasserrechts, des Umweltrechts sowie des Natur- und Immissions-schutzes erforderlich.

Der Regionalverband beurteilt die unkonventionelle Gasförderung vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes in der gesamten Region Bodensee-Oberschwaben als äußerst problematisch. Eine Beeinträchtigung des Bodensees und der Grundwasservorkommen in der Region müsse ausgeschlossen werden. Die Verbandsversammlung des Regionalverbands hat sich in seiner Sitzung am 9.12.2011 einstimmig gegen die unkonventionelle Gasförderung ausgesprochen. Gestützt auf diesen Beschluss hat der Verbandsvorsitzende Hermann Vogler Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Landesumweltminister Franz Untersteller dazu aufgefordert, sich für ein Fracking-Verbot in ganz Deutschland einzusetzen.

Beide Ministerien haben inzwischen geantwortet. Der Landesumweltminister sieht dieses Verfahren wegen der Umweltrisiken sehr kritisch. Es verweist auf die bereits vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Verfahren entgegenstehen. Er verweist weiter auf zwei laufende Studien des Landes NRW und des Bundesumweltministeriums über Risiken des Fracking, die Anlass für weitere politische Maßnahmen geben könnten. Im gleichen Sinne hat sich auch das Bundesumweltministerium geäußert.

Peter Didszun

Grünen-Bericht „aus dem operativen Alltag“

Manne Lucha ist mittlerweile mit Claus Schmiedel freundschaftlich verbunden, bekannte er bei seinem temperamentvollen Ritt durch die politische Agenda der Landespolitik in Stuttgart. „In der Opposition muss man brüllen; wenn man regiert, ist man leiser und meist beim Schaffen“, zitierte der Ravensburger Grüne seinen Ministerpräsidenten Kretschmann. Der kann es noch 10 Jahre so weiter machen, ist sich Lucha sicher. Er sprach von einer „Kulturrevolution“ bei der Landtagswahl vor einem Jahr, wo eine Regierung abgewählt wurde, die nur mit der Bedienung von Pfründen regiert habe. Die Polizeireform ist für Lucha eine reine Funktionalreform, keine Strukturreform à la CDU zur Pflege altgedienter Behörden-Häuptlinge.

Sein Steckenpferd ist gemäss seiner Profession die Arbeit an einem neuen Landespsychiatriegesetz und die Überwindung von Doppelstrukturen im Krankenhaussektor, um stabile ländliche Gesundheitszentren zu schaffen. Hier herrscht 1 Mrd. Euro Förderstau im Landesetat, der abgebaut werden muss. Lucha freut sich über mehr Ausgaben für den Tierschutz und den Naturschutz und für das Projekt „Plenum“ zur Förderung des Handels mit Lebensmitteln aus der Region anstatt weitläufigen Anfahrts- und Anflugwegen. Ein großer Bedarf sei bei der Bio-Landwirtschaft zu erfüllen. Im Strassenbau vollende Grün-Rot nur, was schon im Planungsprozess weit vorangeschritten ist, erst dann kann man über Neubau-Maßnahmen nachdenken, sofern genug Geld in der Bundeskasse vorhanden ist. Klar: Der SPNV muss weiter ausgebaut werden. Zu 95 Prozent besteht zwischen Grün und Rot ziemlich Einigkeit in der Landespolitik, größere Zwistigkeiten gibt es mit den Experten von den Verbänden wie der Bildungsgewerkschaft GEW oder mit dem baden-württembergischen Städtetag, mit dem man doch den „Pakt mit den Kommunen“ zum Ausbau der U-3-Kinderbetreuung abgeschlossen habe. Hier herrscht jetzt Planungssicherheit, wo früher kaum eine geherrscht hat. Jedoch: beim Ausbau der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es noch viel zu tun! Da lässt Lucha keinen Zweifel aufkommen. Wo sollen sonst genügend Fachkräfte für die Wirtschaft herkommen?

Unruhig wird es im 22 Köpfe zählenden Publikum im „Bären“ in Tettngang bei zwei Themen: Die Grünen-Basis (auch Klaus Lindemann aus Immenstaad war da) hält Lucha vor, beim Bahn-Projekt **Stuttgart 21** die Bahn einfach machen zu lassen, obwohl der Kostenrahmen weiter zunimmt. Hier wird Lucha ganz ernst und erinnert an die Verpflichtung, das Ergebnis der Volksabstimmung vom November letzten Jahres zu beachten und das Bauprojekt zu vollenden, obwohl die Grünen nicht dafür waren. Und es ist jetzt das erste Mal, dass die Bahn zu einem Controlling verpflichtet worden ist. Das zweite Thema ist, wie soll es anders sein, die **Schulpolitik**. An den Beruflichen Schulen fehlt es ganz gewaltig an Lehrerstellen, auch an den Gymnasien. Die Lehrer schieben gewaltige Bugwellen an Überstunden vor sich her, die mit dem vorhandenen Etatansatz im KM-Einzelplan 04 des Landeshaushalts nicht abgebaut werden können. Lucha will gleich am nächsten Tag mit den Referenten im KM oder in den Regierungspräsidien darüber kontaktieren. Die Grünen haben im Schulbereich etwas andere Vorstellungen als der Koalitionspartner. Man habe eigentlich nicht das dreigliedrige Schulwesen von einem jetzt achtgliedrigen Schulsystem ablösen wollen, was mancher Familie mit schulpflichtigen Kindern den Umzug in eine andere Stadt erschwert. Es wird auch noch viel Schweiß und Tränen kosten, um das strukturelle Defizit von 2 Milliarden Euro jährlich im Landeshaushalt abzutragen in den nächsten Jahren. Lucha bricht eine Lanze für die Ministerin GWL: Was das Gesundheitsministerium in einer Bundesregierung ist, ist in der Landespolitik das Kultusministerium: Ein Haifischbecken! 50 Millionen Euro hat die Landesregierung in die Instandhaltung- im Energiebereich- bei den Landesimmobilien gesteckt, weitere 50 Millionen Euro gelten der Sanierung der löchrigen Landesstraßen, nochmal 10 Millionen in den Ausbau der Breitbandverkabelung im ländlichen Raum.

Die Parteibasis bei den Grünen und bei der SPD muss verstärkt mitarbeiten bei der Umsetzung der Energiewende und beim demographischen Wandel vor Ort. Die Landesregierung wartet hier nachdrücklich auf Ideen und Konzepte im kommunalen Bereich, wie sich hier die Strukturen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln sollen. Sonst landen wir in einer politischen Sackgasse mit verheerenden Folgen für die nachwachsenden Ge-

nerationen! Man kann es sich nicht einfach machen und nur zuschauen, was die Regierenden da in Stuttgart so entwickeln. Das sagte auch schon Claus Schmiedel beim Landesparteitag in Sindelfingen zur Absegnung des Koalitionsvertrages.

18.04.2012

W. Bernhard

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hoffnung der Schlecker-Beschäftigten zerschellt an der FDP

Zur gescheiterten Einrichtung einer Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete, Hilde Mattheis:

„Die Schlecker-Beschäftigten haben lange auf die Einrichtung einer Transfergesellschaft gehofft. Alle Hoffnungen sind jetzt an der FDP gescheitert. Nach Niedersachsen und Sachsen hat zuletzt auch die bayerische FDP sich geweigert, eine Bürgschaft für die betroffenen Beschäftigten zu übernehmen. Der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler treibt den Zynismus auf die Spitze und spricht von einer „Anschlussverwendung“, nach der sich die betroffenen 11.000 Frauen umschauen sollten.

Ich bedaure, dass eine Lösung nicht möglich war, nachdem sich erst der Bund und dann die Liberalen in den Ländern der Einrichtung einer Transfergesellschaft verweigert haben. Unsere Solidarität gilt nach wie vor den Beschäftigten. Sie brauchen jetzt schnelle Unterstützung durch die Arbeitsagenturen vor Ort, um die drohenden unverschuldeten Kündigungen abfedern zu können. Es bleibt dabei: Eine Transfergesellschaft hätte für bessere Beschäftigungsperspektiven und einen besseren Übergang gesorgt.“

Ulm, 29. März 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis, MdB besucht die Initiative

„Frau im Fokus“,

die im Rahmen des ADUV – Unternehmerverband Alb-Donau (UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund) gegründet wurde.



Um besonders Frauen mit Migrationshintergrund zu fördern, gründete der Unternehmerverband Anfang 2010 die Initiative „Frau im Fokus“. Die Schwerpunkte der Initiative wurden von drei erfolgreichen Frauen mit Migrationshintergrund vorgestellt, denen die Förderung von Frauen eine Herzensangelegenheit ist. Ihre Arbeit hat zum Ziel eine Plattform für Frauen im Berufsleben darzustellen, bei der Existenzgründung oder Unternehmensförderung zu unterstützen und Frauen in aktive nationale und internationale Netzwerke einzubinden. Dabei betrachten sie Bildung und Weiterbildung als Schlüsselfaktor für Wirtschaft und Integration. Im Dezember 2010 veranstaltete die Initiative den III. Ulmer Tag für Wirtschaft und Gesellschaft zum Thema "Frau und Selbständigkeit", wo sie erfolgreiche Existenzgründungen durch Frauen mit Migrationshintergrund vorstellten.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete zeigte sich beeindruckt von der engagierten Arbeit der Initiative „Frau im Fokus“. „Menschen mit Migrationshintergrund sind ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft. Es ist eine wichtige Aufgabe für die Politik und Gesellschaft, konsequent für Chancengleichheit einzutreten. Diese ergibt sich aus den unterschiedlichen Lebenslagen nicht von selbst, sondern muss gezielt gefördert werden. Durch wirtschaftliches Miteinander entsteht auch eine interkulturelle Verständigung und Akzeptanz der jeweiligen Leistungen der beteiligten Partner. Deshalb ist die Initiative des Unternehmerverbandes Alb-Donau für die wirtschaftliche Entwicklung sowie auch für das kulturelle Zusammenleben in unserer Stadt wichtig.“, erklärte die Abgeordnete Mattheis abschließend.

11.04.2012

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Lindenberg**

Einladung

**Donnerstag, 3. Mai 2012, 20 Uhr
„Zum Alten Bräuhaus“
Lindenberg**

Dr. Simone Strohmayr, MDL



Sozialpolitik in Bayern, Bericht aus dem Landtag

**Zum Thema:
Kindergarten, Kinderkrippen, Kinderhäuser....
Wie geht's woanders?**

Spricht: Hans Scheiterbauer-Pulkkinen von der AWO Schwaben

Sie sind herzlich eingeladen!
SPD-Ortsverein Lindenberg



Vorsitzender: Leo Wiedemann
Anton-Fehr-Str 2
88161 Lindenberg

Tel. 08381/5154
Home: www.spd-lindenberg.de

eMail: Leo.Wiedemann@t-online.de Konto: Volksbank Lindenberg
152200 BLZ 73369826

**GUTE
ARBEIT
FÜR
EUROPA**

**GERECHTE
LÖHNE
SOZIALE
SICHERHEIT**

DGB

**1. MAI
TAG DER ARBEIT**

**Maikundgebung in Friedrichshafen
Musikmuschel, Uferpromenade**

Dienstag, 1. Mai 2012, 10:30 Uhr

Begrüßung: ***Enzo Savarino***,
IG Metall, Friedrichshafen-Oberschwaben

Es spricht: ***Martin Sambeth***, IG Metall,
Bezirkssekretär Baden-Württemberg

Musik: ***„Schlauch“*** alias Bernd Köhler

**Kultur und Kulinarisches
Speisen und Getränke
Infostände
☺ Kinderprogramm ☺**

www.dgb.de

Weitere Kundgebungen:

Grenzüberschreitende 1. Maifeier 2012

Kreuzlingen / Konstanz

im Dreispitz (Kreuzlingen)

09:45 Uhr Empfang der Deutschen Kolleginnen und Kollegen am Hauptzoll.

Marsch zum Dreispitz mit der Gruppe „Samba-O“ vom Bodensee

(Nicht vergessen: Transparente und Fahnen mitnehmen).

11:00 Uhr Eröffnung:

Dino Lioi, Gewerkschaftsbund Kreuzlingen

Bernhard Hanke, DGB-Ortsverband Konstanz

Redner:

Andi Rieger, Co-Präsident, Gewerkschaft Unia Bern

Marion von Wartenberg,

stellv. Vorsitzende, DGB-Bezirk Baden-Württemberg

12:00 Uhr Schnitzelbank - Kinderschminke und Hüpfburg für Kinder

Festwirtschaft im Dreispitzsaal

DGB-Ortsverband Konstanz / Gewerkschaftsbünde Kreuzlingen und

Centro Italiano

Gewerkschaftsbund Kreuzlingen
Gewerkschaftsbund Thurgau

DGB-Region Südwürttemberg
Ortsverband Konstanz

Sozialdemokratische
Partei (CH)
www.dgb.de

Maifeier in Weingarten

Kulturzentrum Linse

Dienstag, 1. Mai 2012, 11:00 Uhr

Begrüßung: Karl-Heinz Weber,

DGB-Region Südwürttemberg

Referat: Markus Wimmer,

IG BCE-Bezirk Ulm / Donau

Musik: „Der Eine und die Andere“

DGB-Region Südwürttemberg

Büro Ravensburg

1. Mai 2012

FAMILIENFEST

am Rathaus in Singen

Köstlichkeiten aus verschiedenen Ländern

- 9:00 Uhr **Ökumenischer Gottesdienst** an der Lutherkirche
10:00 Uhr **Maiumzug** ab dem Parkplatz vor der Herz-Jesu-Kirche
10:30 Uhr **Blasorchester der Stadt Singen**
11:00 Uhr **Detlef Wetzel** 2. Vorsitzender der IG Metall
11:30 Uhr **Hohentwiel Burgteufel**
12:00Uhr **Kapobrothers** Sozialkritische Songs - mit ihrem neuen Hit »Com stell di um«
13:30 Uhr **Gianni Baratta** Italienischer Liedermacher
14:15 Uhr **Estrelas** Portugiesische Folkloretanzgruppe
14:30 Uhr **Gianni Baratta** Italienischer Liedermacher
15:30 Uhr **Unlimited und Polidivas**
Kinder- und Erwachsenentanzgruppe
Polisportiva Singen
16:00 Uhr **The Voice** Rockband

Unser Programm für die ganze Familie:

- ▶ **Zirkus Klarifari** um 13:00 und 15:00 Uhr
- ▶ **Kinderschminken** von 13:00 bis 16:00 Uhr
- ▶ **Kinderhüpfburg**

Veranstalter: DGB, SPD, EAN, Arbeitnehmerseelsorge/KAB, ai

**Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag,
30. März 2012**

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Auseinandersetzung über die politische Richtung unseres Landes

Die Themen:

- Steinmeier: "Wir brauchen ein Europa, das Werte schöpft"
- SPD-Fraktion setzt mehr Beteiligungsrechte bei EFSF durch
- Infrastruktur Buergerfreundlich voranbringen
- Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland

- SPD-Fraktion beschließt Papier zur Weiterentwicklung der Pflege
- SPD-Fraktion: Kitas ausbauen statt Betreuungsgeld zahlen
- SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport
- SPD-Fraktion fordert Veröffentlichung von Mediendatenbank
- SPD-Fraktion fordert besseren Schutz für Journalisten vor Strafverfolgung
- Regierung ignoriert Ausmaß der Armut und der sozialen Ausgrenzung
- Sicherheit bei Kreuzfahrtschiffen

Interview:

- "Die Bevölkerung merkt, dass es Union und FDP einfach nicht können"

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- "Die Machtbasis von Schwarz-Gelb erodiert Stück für Stück"

Video/Foto:

- Video: SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport
- Video: Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland
- Video: Steinmeier: "Machtbasis von Schwarz-Gelb erodiert Stück für Stück"
- Video: Ulla Burchardt zum Kooperationsverbot in der Bildung
- Fotos: Frühjahrsempfang 2012

Veröffentlichungen

- Faltblatt: Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- Faltblatt: Ein Jahr nach Fukushima
- Zeitschrift: Gute Arbeit 2/2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Auseinandersetzung über die politische Richtung unseres Landes

Deutschland erlebt mit Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen eine folgenreiche Auseinandersetzung über die politische Richtung unseres Landes. Die Neuwahl in NRW ist sogar eine Zukunftswahl. Seit Hannelore Kraft Ministerpräsidentin geworden ist, hat eine rot-grüne Politikwende begonnen, die den Menschen Zuversicht gibt. Diese Richtungsentscheidung in einem Land von 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern bedeutet auch ein gutes Stück Politikwechsel für Deutschland.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0..60812.00.html

Die Themen

HAUSHALT

Steinmeier: "Wir brauchen ein Europa, das Werte schöpft" - Bundestag debattiert erstmals über Fiskalpakt

Der Fiskalpakt soll die EU-Staaten zu stärkerem Sparen zwingen. Das allein reiche aber nicht, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Europa dürfe "nicht nur der Wurmfortsatz der Finanzmärkte sein". Vielmehr fordert er für eine Zustimmung seiner Fraktion Wachstumsprogramme für schuldengeplagte Euro-Länder und Konzepte gegen die dramatische Arbeitslosigkeit in einigen Ländern. Union und FDP wirft er Unseriosität vor.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0..60868.00.html

SPD-Fraktion setzt mehr Beteiligungsrechte bei EFSF durch - Plenum behält Entscheidungshoheit

Am Donnerstag wurde ein Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsmechanismus in das Plenum eingebracht. Die Regierungskoalition hat hierbei maßgebliche Forderungen der SPD-Fraktion berücksichtigt. Dazu gehört auch, dass Entscheidungen zur EFSF nicht über die Köpfe der Parlamentarier hinweg durch ein Sondergremium getroffen werden dürfen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0..60876.00.html

VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG

Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen - SPD- Antrag für einen neuen Infrastrukturkonsens

Die SPD-Fraktion will einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur hin zu mehr Transparenz und wirklicher Beteiligung bei Infrastrukturprojekten erreichen. Deshalb sollen auch bundesweite Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturpolitik ermöglicht werden, etwa zu den Bedarfsplänen für die Verkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich. Dazu haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen Antrag vorgelegt, den der Bundestag am Donnerstag debattiert hat.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60060,00.html

UMWELT

Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland- SPD: Solarförderung an Wertschöpfung in Europa binden

Schwarz-Gelb kürzt die Solarförderung drastisch und setzt den Produktionsstandort Deutschland mit 130.000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, der eine klare Zielrichtung hat: Er soll wieder Ruhe in den Markt bringen. In gleichmäßigen Schritten von drei Monaten soll die Solarvergütung zukünftig sinken. Dies gibt Herstellern, Investoren und Handwerkern Planungssicherheit.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60587,00.html

GESUNDHEIT

SPD-Fraktion beschließt Papier zur Weiterentwicklung der Pflege - Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Die SPD-Fraktion hat am Dienstag ein umfassendes Papier zur Weiterentwicklung der Pflege beschlossen. Eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Pflege ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Dadurch soll vor allem die Versorgung von Demenzkranken verbessert werden. Die SPD-Fraktion will Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte besser unterstützen und die Pflegeinfrastruktur in den Kommunen ausbauen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60715,00.html

FAMILIE

SPD-Fraktion: Kitas ausbauen statt Betreuungsgeld zahlen - Ministerin Schroeder lässt Eltern und Kommunen im Regen stehen

Das Betreuungsgeld, das Schwarz-Gelb für die Kinder einführen will, die zu Hause betreut werden, war erneut Gegenstand einer Bundestagsdebatte. Die SPD-Fraktion fordert, die 1,2 Milliarden Euro Steuermittel, die die "Kitafernhaltegebühr" kostet, in den Kitausbau zu investieren. Denn ab August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre unter dreijährigen Kinder. Doch Familienministerin Schroeder (CDU) verweigert sich Verantwortung zu übernehmen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60754,00.html

THEMENUEBERGREIFEND

SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport - Steinmeier begrüßt 600 Gäste aus Sport und Gesellschaft

Prominente Sportler und Verbandsvertreter kamen ebenso wie Gäste aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zum Frühjahrsempfang der SPD-Fraktion am 26.03.2012 im Reichstagsgebäude. Höhepunkt des Abends war die Auszeichnung der Preisträger des Wettbewerbs "Aktiv für Integration und Demokratie". Dabei ehrte die SPD-Fraktion vier Vereine aus Deutschland für ihr besonderes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausgrenzung.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60814,00.html

MEDIEN

SPD-Fraktion fordert Veröffentlichung von Mediendatenbank - Mehr Transparenz im Pressemarkt herstellen

Der deutsche Pressemarkt hat seit geraumer Zeit mit spürbaren Verlusten zu kämpfen. Die Digitalisierung von Zeitungsprodukten erfordert ein Umdenken und Umwälzen in den Zeitungsredaktionen. Durch ständige neue Verflechtungen von traditionellen und digitalen Medien wird der Markt immer undurchschaubarer. Umso wichtiger ist es, dass eine Mediendatenbank die notwendigen Informationen liefert.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60858,00.html

RECHT

SPD-Fraktion fordert besseren Schutz für Journalisten vor Strafverfolgung - Das Beschlagnahmeverbot gegenüber Journalisten muss ausgeweitet werden

Das Redaktionsgeheimnis genauso wie der Informantenschutz sind hohe Güter der Pressefreiheit in Deutschland. Bei Ermittlungen gegen Medienvertreter in der letzten Zeit wurden diese beiden Privilegien jedoch ausgehebelt. Die SPD-Fraktion stellt sich mit einem Gesetzentwurf gegen die Praktiken.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60808,00.html

EUROPA

Regierung ignoriert Ausmaß der Armut und der sozialen Ausgrenzung - Nationales Reformprogramm 2012: Europa-2020-Ziele berücksichtigen

Die SPD kritisiert die Bundesregierung, dass sie sich in ihrem Nationalen Reformprogramm 2012 rühmt, die bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziele bereits heute nahezu erreicht zu haben. Außerdem hat sie die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und die Bundesländer nicht angemessen in die Formulierung des Nationalen Reformprogramms einbezogen. Die Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland wirksam zu bekämpfen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60757,00.html

VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG

Klarer Kurs für mehr Sicherheit in der Kreuzfahrtschifffahrt - Bei Personalauswahl müssen höchste Qualitätsmaßstäbe gelten

Die Bundesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern Handlungsempfehlungen für die Reedereien zu formulieren; bei der Personalauswahl müssen höchste Qualitätsmaßstäbe gelten. Notwendig sind auch regelmäßige Prüfungen und Schulungen der Kapitäne und eine bessere Selbstkontrolle der Reedereien mit Blick auf die Schiffssicherheit.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60878,00.html

Interview

"Die Bevölkerung merkt, dass es Union und FDP einfach nicht können" - Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der Bild-Zeitung

Die SPD hat bei der Landtagswahl im Saarland deutlich an Stimmen hinzugewonnen. Fraktionsvorsitzender Steinmeier prophezeit weitere Erfolge und sieht die Koalition am Ende.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60796,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

"Die Machtbasis von Schwarz-Gelb erodiert Stück für Stück" - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier sieht seine Partei gestärkt aus der Landtagswahl im Saarland hervorgehen. Den Wahlerfolg in Frankfurt am Main wertete er als Anzeichen dafür, dass die SPD die deutschen Metropolen zurückerobert. Steinmeier kritisierte den zu straffen Zeitplan der Bundesregierung bis zur Abstimmung über den Fiskalpakt und betonte die geforderte Verankerung von Wachstumsimpulsen.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60824,00.html

Video/Foto

SPD-Fraktion feiert Frühjahrsempfang unter dem Motto Sport

Video ansehen

http://www.youtube.com/watch?v=HC_7K4ZiNtQ&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=1&feature=plcp

Solarenergie: Schwarz-Gelb riskiert den Standort Deutschland

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=cZz12gN_Zhs&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=1&feature=plcp

Steinmeier: "Machtbasis von Schwarz-Gelb erodiert Stück für Stück"

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/watch?v=OZ6Hu0ISHFA&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=2&feature=plcp>

Ulla Burchardt zum Kooperationsverbot in der Bildung

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/watch?v=zzb70D5mp1k&list=UUUVSxH8r5fj3Uki5uAcyQaw&index=3&feature=plcp>

Frühjahrsempfang 2012

Fotos ansehen

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629315737360/>

Veröffentlichungen

Faltblatt: Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung - Für eine inklusive Gesellschaft (10 Seiten, März 2012)

Faltblatt ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15944,00.pdf

Faltblatt: Ein Jahr nach Fukushima - Steht Schwarz-Gelb noch zum Atomausstieg? (8 Seiten, März 2012)

Faltblatt ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15887,00.pdf

Zeitschrift: Gute Arbeit 2/2012 - Die Arbeitnehmerzeitung der SPD-Bundestagsfraktion (8 Seiten, A3, Ausgabe 2/2012)

Zeitschrift ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15946,00.pdf

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Grüßen
webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:

<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei twitter:

<http://twitter.com/spdbt>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei Google+:

<http://plus.google.com/103178420867180228321>

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

und

E-Mail: roterseeas@kabelbw.de

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Rainer Vogt:

newsdesk@spd.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

peter.simon@europarl.europa.eu

Büro Peter Simon, MdEP:

pressestelle@spd.de

Partei Vorstand SPD:

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Wolfram Klaar:

weklaar@t-online.de

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

claudia.friedl@bluewin.ch

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

Peter Gubser:

petergubser.arbon@bluewin.ch

Alexander Geisler, M.A.:

Alex.Geisler@gmx.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Büro H.-P. Storz, MdL:

pressemaci@aol.com

Peter Didszun:

info@hans-peter-storz.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

peter.didszun@web.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Leo Wiedemann:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Maildienst SPD-Fraktion:

Leo.Wiedemann@t-online.de

webteam@spdfraktion.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseeas@kabelbw.de